

FORSCHUNGSSTELLE OSTEUROPA BREMEN

Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 18 Rußland Juni 1998

**Rußlands neue Linke.
Kommunistische und sozialistische
Organisationen außerhalb der KPRF.**

**von
Galina Luchterhandt**

**Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Osteuropa-Gebäude
Klagenfurter Straße 3, 28359 Bremen
Tel. 0421/218-3687, Fax 0421/218-3269**

Inhaltsverzeichnis

I. Rußlands Neue Linke. Kommunistische und sozialistische Organisationen außerhalb der KPRF.....	3
1. Kommunistische und sozialistische Gruppierungen außerhalb der KPdSU vor der Perestrojka	3
2. Gruppen, Bewegungen und Parteien des linken Spektrums während der Perestrojka	4
2.1. Diskussionsgruppen und -klubs	4
2.2. Plattformen und Fraktionen innerhalb der KPdSU	5
2.3. Politische Bewegungen	6
3. Kommunistische und sozialistische Parteien und Bewegungen nach dem Ende der KPdSU (seit Herbst 1991).....	11
3.1. Kommunistische und sozialistische Parteien.....	11
4. Die Kommunisten nach der Verfassungsreform 1993	15
5. Die Linke vor den Präsidentschaftswahlen: neue links-patriotische Koalition	22
6. Das linke Parteienspektrum heute.....	24
6.1. Bündnisse	25
6.2. Parteien, Bewegungen und Gruppierungen.....	27
6.2.1. Die Anarchisten.....	27
6.2.2. Bolschwiken, Stalinisten und orthodoxe Marxisten	28
6.2.3. Gemäßigte Kommunisten und Sozialisten.....	33
7. Fazit.....	36
Zusammenfassung:.....	37
Literaturverzeichnis	39

Die Meinungen, die in diesen „Arbeitspapieren und Materialien“ der Forschungsstelle Osteuropa (Bremen) geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

I. RUßLANDS NEUE LINKE. KOMMUNISTISCHE UND SOZIALISTISCHE ORGANISATIONEN AUßERHALB DER KPRF

Eine breite Palette linker Parteien und Bewegungen - von den Anhängern des demokratischen Sozialismus bis hin zu den orthodoxen Marxisten und Bolschewisten - spielt gegenwärtig eine bedeutende Rolle im politischen Leben Rußlands. Die treibende Kraft dabei ist die Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation (KPRF), die größte und stärkste Nachfolgepartei der KPdSU, die im Parlament die stärkste Fraktion stellt und in vielen regionalen und lokalen Vertretungsorganen ebenfalls zur führenden Kraft geworden ist. Diese Partei stellt inzwischen einige Gouverneure und führt die National-Patriotische Union sowie andere kommunistische und national-kommunistische Bündnisse auch über die Grenzen der Rußländischen Föderation hinaus. Um die KPRF gruppieren sich neben den national-patriotisch orientierten auch diverse sozialistische und kommunistische Parteien und Bewegungen, die teilweise mit ihr kooperieren, teilweise rivalisieren, jedoch unvermeidlich auf die stärkste kommunistische Partei angewiesen sind.

In diesem Beitrag werden die Wurzeln, die Geschichte und die Gegenwart des linken Teils des politischen Spektrums Rußlands untersucht, wobei aus der bunten Vielfalt von Parteien, Bewegungen, Gruppen und Grüppchen nur diejenigen ausgewählt werden, die zumindest eine gewisse Rolle in der Politik spielen oder gespielt haben, d.h. im Parlament vertreten sind oder außerparlamentarisch Protestaktionen organisieren, eigene Presseorgane haben oder in den Medien präsent sind. Die KPRF selbst wird hier weitgehend ausgeklammert, da ihr ein spezieller Beitrag von Heinz Timmermann¹ gewidmet ist.

1. Kommunistische und sozialistische Gruppierungen außerhalb der KPdSU vor der Perestrojka

Neben der Staatspartei KPdSU tauchten schon in der ersten Hälfte der sechziger Jahre erste unabhängige kommunistische Zirkel auf. Sie glaubten an die Möglichkeit, mit Hilfe des „wahren“, „richtigen“ Marxismus die Gesellschaft und den Staat von ihren Krankheiten heilen und sie reformieren zu können. Die oppositionellen kommunistischen bzw. marxistischen Zirkel und Organisationen waren nicht zahlreich, und ihre Tätigkeit hatte keine breitere gesellschaftliche Resonanz, schon allein deswegen nicht,

¹ Timmermann, Heinz: Die KP Rußlands – Struktur, Programm, Aktionsmuster. Berichte des BIOst, 1998, Nr. 9

weil sie sich mehr oder weniger im Untergrund abspielte. Das ideologische Spektrum reicht vom „Bund der Kommunarden“ (*Sojuz Kommunarov*), der die Zeitschrift *Kolokol* (Die Glocke) herausgab und die Prinzipien des Marxismus von ihren „Entstellungen“ reinigen wollte, über die „Marxistische Partei neuen Typs“, die in mehreren Städten wirkte, bis hin zu der Gruppe „Fetisow“, die die politische Lage vom Standpunkt des Stalinismus aus kritisierte.²

Etwas abseits standen die sozialistischen Gruppen der 1980er Jahre³, die Zeitschriften wie z.B. *Levyj povorot* (Linkswende) herausgaben. Mit Beginn der Perestrojka gewannen einige Führer dieser Organisationen an politischem Einfluß, allen voran Boris Kagarlikij, der an seinen sozialistischen Vorstellungen festhielt und zunächst in der „Moskauer Volksfront“ (*Moskovskij Narodnyj Front*), dann in der „Sozialistischen Partei“ und später in der „Partei der Arbeit“ tätig war. Auch in der Provinz gab es solche Persönlichkeiten. In Samara gründete Grigorij Isaev die kleine, aber rußlandweite „Marxistische Arbeiterpartei - Partei der Proletarischen Diktatur“.

2. Gruppen, Bewegungen und Parteien des linken Spektrums während der Perestrojka

Die Herausbildung des linken Spektrums während der Perestrojka-Zeit lief in folgenden Phasen ab:

Gründung von Diskussionsgruppen und -klubs;

Bildung von Plattformen bzw. Fraktionen innerhalb der KPdSU;

Entstehung von Bewegungen;

Konstituierung legaler Parteien und Bildung eines reaktionären Blocks.

Dieser Prozeß fand sein Ende mit dem Verbot der KPdSU nach dem August-Putsch von 1991. Es folgte die Neuorganisation des linken Spektrums.⁴

2.1. Diskussionsgruppen und -klubs

Die Phase der Entstehung von Gruppen und Klubs (1986 - 1988) ist einerseits durch Versuche, zu größeren Zusammenschlüssen zu gelangen, andererseits durch Spaltungen

² Lewytkij, Boris: Die linke Opposition in der Sowjetunion, Hamburg 1974.

³ Alekseeva, Ljudmila: Istorija inakomyслиja v SSSR, Moskva - Vil'njus 1993, S.300-310.

⁴ Ausführlich zum Prozeß der Parteienbildung: Luchterhandt, Galina: Parteien im neuen Rußland, Edition Temmen, Bremen, 1993; Luchterhandt, Galina: Die rußländische Parteienlandschaft: kommunistische und sozialistische Parteien und Bewegungen, in: Osteuropa, 1992, S. 1038 -1049; Urban, Michael/ Igrunov, Vyacheslav/ Mitrokhin, Sergei: The rebirth of politics in Russia, Cambridge University Press, 1997, p. 145-310; Urban, Michael/ Gel'man, Vladimir: The development of political parties in Russia, in: Dawisha, Karen/ Parrott, Bruce (ed.): Democratic changes and reactions in Russia, Ukraine, Belarus, and Moldova, Cambridge University Press, 1997, p. 175 -222.

gekennzeichnet. Nebeneinander existierten eine allgemeindemokratische Richtung, die die Positionen von Liberalen und Demokraten bis zu einem „humanen Sozialismus“ umfaßte, und eine Richtung, die entschieden sozialistische Werte betonte. Zur ersten gehörten zahlreiche Diskussionsklubs in den Großstädten, zur zweiten eine Reihe von Klubs, die anfangs im „Sozio-politischen Unionsklub auf Korrespondenzbasis“ (*Vse-sojuznyj zaočnyj social'no-političeskij Klub*) zusammengeschlossen waren, der seit Mai 1987 eine Reihe von Konferenzen veranstaltete und bald darauf in „Sozio-politischer Unionsklub“ umbenannt wurde. Er zerfiel 1988, doch wurde sein Netzwerk von der „Föderation Sozialistischer Gesellschaftlicher Klubs“ (*Federacija socialističeskich obščestvennych klubov*) übernommen, in der Anarcho-Syndikalisten von der Vereinigung „Gemeinde“ (*Obščina*) die Schlüsselstellung einnahmen. Schließlich entstand im Sommer 1988 die „Konföderation der Anarcho-Syndikalisten/ KAS“ (*Konfederacija anarcho-sindikalistov*). Ihre Parole war: „Die Macht den Völkern, nicht den Parteien!“

Zu den Besonderheiten dieser Phase gehört die stärker ausgeprägte sozialistische Orientierung der politischen Klubs in der Provinz verglichen mit denen in Moskau und Leningrad. Zu jener Zeit spielten Komsomol- und KPdSU-Funktionäre nicht nur für die Genehmigung der Zusammenkünfte, sondern auch in den Diskussionen selbst eine große Rolle. Die Apparatschiks, die glaubten, die entstehenden Aktivitäten im Rahmen des Erlaubten halten und sie in die „richtige Richtung“ lenken zu können, leisteten durch ihre organisatorische Unterstützung objektiv einen wichtigen Beitrag zur raschen Entwicklung der gesellschaftlichen Gruppen. Diese positive Wirkung ist in vielen Städten ganz verschiedenen Gruppen zugute gekommen, obwohl Hilfe und Unterstützung nur auf die „wahren Sozialisten“ und, meistens ganz geheim, auf die chauvinistischen „Pamjat“-Gruppen abzielte. Ein Nebeneffekt der Arbeit des Apparats mit den „nichtformalen“ (wie sie damals bezeichnet wurden) Gruppen bestand darin, daß ungewollt aus einem Teil der Partei- und Komsomolfunktionäre zukünftige Mitglieder der Fraktionen und Plattformen innerhalb der KPdSU herangezogen wurde.

2.2. Plattformen und Fraktionen innerhalb der KPdSU

Um die Jahreswende 1989/90 bildeten sich zunächst Plattformen und Fraktionen innerhalb der KPdSU, aus denen später selbständige Parteien hervorgingen. Gleichzeitig entstanden breite „gesellschaftliche Bewegungen“ mit sozialistischen Zielen, die teilweise auch Parlamentsfraktionen einschlossen. Die zunehmende Polarisierung des politischen Lebens förderte die Herausbildung eines kommunistisch-nationalistisch-chauvinistischen Blocks, der der breiten demokratischen Bewegung „Demokratisches Rußland“ („Demo-

kratičeskaja Rossija“) in offener Feindschaft gegenübertrat und im zweiten Halbjahr 1990 entscheidenden Einfluß auf den politischen Kurs des Staates gewann.⁵

Hintergründe der Fraktionsbildung in der KPdSU waren die Richtungskämpfe im Vorfeld des XXVIII. Parteitages (Juli 1990), obwohl die Gruppen sich zu der Zeit noch nicht als „Fraktionen“ bezeichneten. Im Januar 1990 wurde offiziell die Gründung der „**Demokratischen Plattform in der KPdSU**“ (*Demplatforma*) verkündet. Dies geschah auf einer Konferenz, die die vor dem Parteitag in vielen Städten gebildeten „Parteiklubs“ und reguläre Parteiorganisationen organisiert hatten. Ein Teil der Plattform trat nach dem Parteitag aus der KPdSU aus und gründete die sozialdemokratisch orientierte „**Republikanische Partei der Rußländischen Föderation**“/RPRF (*Respublikanskaja Partija Rossijskoj Federacii*). Der andere Teil der Aktivisten der Parteiklubs gründete im März 1990 die „**Marxistische Plattform in der KPdSU**“ (*Marksistskaja Platforma v KPSS*), in der Aleksej Prigarin und Alexander Buzgalin die führende Rolle spielten.⁶

Drei Mitglieder der Plattform wurden auf dem XXVIII. Parteitag in das ZK der KPdSU gewählt. In der „Marxistischen Plattform“ existierten zwei Flügel: ein der „**Vereinigten Front der Werktätigen**“/ VFW (*Ob'jedinennyj Front Trudjaščichsja*) nahestehender und ein eher „demokratisch“ orientierter. Im November 1990 bildete sich daneben die Fraktion „Marxismus-XXI“, die der demokratischen Bewegung in der KPdSU nahestand. Alle diese Richtungen wurden später zur Basis für neue Parteien.

Im Sommer 1990 konstituierte sich auch die „**Bolschewistische Plattform in der KPdSU**“ (*Bolševistskaja platforma v KPSS*).

2.3. Politische Bewegungen

Die 1988-1989 gegründeten Bewegungen, die bei weitem mehr Mitglieder als die bis dahin existierenden Gruppen und Klubs hatten, entstanden nur teilweise von unten, wie vor allem jene zahlreichen regionalen „Volksfronten“ (*Narodnye fronty*), die meistens sozialistisch orientiert waren und zwischen einigen Dutzend und einigen Hundert Mitgliedern besaßen. Auf Initiative der KPdSU bzw. des KGB wurden „Apparat-Bewegungen“ organisiert, die sich auf programmatischer Ebene unterschieden.

Auf Parlamentsebene kam es ebenfalls zur Formierung von Gruppen und Fraktionen, die sich in ihren undemokratischen Auffassungen einig waren und die die kommunisti-

⁵ Alexandrova, Olga/Vogel, Heinrich: Die reaktionäre Wende in der Sowjetunion, in: Europa-Archiv, 1991, S. 103 - 110.

⁶ Dazu siehe den Beitrag einer der wichtigsten Akteure dieser Zeit: Buzgalin. A.V.: *Belaja vorona (poslednij god žizni CK KPSS. Vzgljad iznutri)*, Moskva 1993.

sche Ideologie, die damals noch offiziellen Charakter hatte, vertraten. Im Obersten Sowjet der UdSSR war es der Block „Union“ (*Sojuz*), für den allerdings das Ziel des unbedingten Erhalts der Sowjetunion noch Vorrang vor Sozialismus und Kommunismus hatte. Die Großmacht Rußland bzw. Sowjetunion sollte erhalten bleiben und ihre Grenzen sollten unverletzbar sein. Damit fanden diese Gruppen und Bewegungen Anschluß an die Parolen des „national-patriotischen“ Lagers, an die chauvinistische „Pamjat“-Bewegung und ihre Ableger. Deswegen war die Herausbildung eines reaktionären, „national-bolschewistischen“ Blocks alles andere als erstaunlich. Dieser Block entstand im zweiten Halbjahr 1990 in „vertikaler“ Form, durch ein Bündnis von „oben“ agierender Abgeordneter bzw. Parlamentsgruppen auf der Basis der „unten“ agierenden politischen Bewegungen und Gruppen.⁷ Auf Initiative des Blockes „Union“ fand am 01.12.1990 der Gründungskongreß der Unionsvereinigung der Volksdeputierten aller Ebenen „Union“ statt, an dem sich 354 Abgeordnete aller Ebenen (Unions-, Republik-, Gebiets- und Stadt- sowie Rayonebene) beteiligten. Er wurde von den gemäßigt national-patriotischen, stärker sozialistisch orientierten Organisationen wie der VFW (dazu unten) und den im Baltikum operierenden Vereinigungen „Interbewegung“ (*Interdviženie*) in Estland und „Einheit“ (*Edinstvo*) in Lettland gegründet und vertrat eine „sozialistische Option“. Der Vorsitzende des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR, Anatolij Lukjanow, unterstrich mit seiner Anwesenheit die politische Bedeutung des Ereignisses.⁸ Typisch für den politischen Kurs der „Union“ war die Forderung nach Verhängung des Ausnahmezustandes, und ihre Drohung, den Präsidenten vor einem außerordentlichen Volkskongreß zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Forderungen wurden von Seiten der schon damals im Rußländischen Obersten Sowjet bestehenden Fraktion der „Kommunisten Rußlands“ und von der reaktionären KP der RSFSR unterstützt.

Der Spaltungsprozeß innerhalb der KPdSU veränderte auch die neue Kräfteverteilung im rußländischen Parlament. Ein Teil der Deputierten, die der KPdSU angehörten, bewegte sich langsam in die demokratische Richtung, bis hin zur Absage an die Idee des Kommunismus überhaupt. An den Sitzungen der demokratischen und zentristischen Fraktionen „Wechsel“ (*Smena*) und „Demokratisches Rußland“ nahmen auch KP-Mitglieder teil, während sich in der Fraktion „Kommunisten Rußlands“ (*Kommunisty Rossii*) um den Sekretär des ZK KP der RSFSR Ivan Poloskov die Kommunisten zusammenschlossen, die an ihren dogmatischen, konservativen Ansichten festhielten. Unmittelbar nach dem Versuch der „Kommunisten Rußlands“, auf dem dritten außerordentlichen Volkskongreß der RSFSR im März 1991 Jelzin zu stürzen, bildete sich im

⁷ Pribylovskij, Vladimir: Slovar' novych političeskich partij i organizacij Rossii, Moskva, „Panorama“, 1992.

rußländischen Parlament unter der Führung des Obersten und Helden des Afghanistankriegs, Alexander Ruckoj, die Gruppe **Kommunisten für Demokratie** („*Kommunisty za demokratiju*“). Sie umfaßte insgesamt 100 Abgeordnete, von denen aber nur etwa 20 aus der Fraktion „Kommunisten Rußlands“ stammten. Durch ihren Übertritt in den Block „Demokratisches Rußland“ und auf die Seite von Jelzin verhinderte die Gruppe dessen Sturz. Zum Dank wurde Ruckoj später von Jelzin zum Vizepräsidenten gemacht. Die „Kommunisten für Demokratie“ wiederholten den Weg, den vor ihnen die „Demokratische Plattform“ gegangen war: von einer Richtung (Fraktion) innerhalb der KPdSU zu einer selbständigen Partei, hier zur „Volkspartei freies Rußland“ (*Narodnaja partija Svobodnaja Rossija*), die den Kommunismus als ideologischen Ballast abwarf.

Es gab noch weitere Bündnisse, die einen offen chauvinistischen Charakter hatten und deren Mitgliedsorganisationen und Deputierte teilweise bei der „Union“ mitarbeiteten. Besondere Erwähnung verdient die im Februar 1991 auf Initiative der ZK-Mitglieder der KP der RSFSR Egor Ligačev und Gennadij Zjuganov organisierte Konferenz „Für ein großes, unteilbares Rußland“. Während dieser Konferenz wurde ein **Koordinationsrat der patriotischen Volkskräfte** („*Koordinacionnyj sovet narodno-patriotičeskich sil*“) gebildet, in dem etwa 40 Organisationen - von Monarchisten bis zu Kommunisten - vertreten waren. Zum gemeinsamen Handeln war man aber (noch) nicht fähig; die Koalition existierte in dieser Periode hauptsächlich auf dem Papier.

Im Unterschied zum „Demokratischen Rußland“ war die Solidarität unter den Gruppen des reaktionären Blocks gering, obwohl es zwischen ihnen mannigfache personelle Überschneidungen gab. Auch auf lokaler Ebene brachte der Block kaum gemeinsame Aktionen zustande. Seine Hauptfunktion war, die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß er fest in der Gesellschaft verankert sei. Die aktivsten Gruppen innerhalb des Blocks waren, solange er existierte, seine Gründerorganisationen „Einheit“ und „Vereinigte Front der Werktätigen“.

Nach dem August-Putsch 1991 und der Auflösung der Unionsorgane wurde im Dezember 1991 auf der Basis von „Union“ der **„Rußländische Bund des Gesamten Volkes/ROS“** (*Rossijskij obščënarodnyj sojuz*) gegründet. Er löste sich völlig von der internationalistischen Ideologie des Marxismus-Leninismus und trat offen chauvinistisch auf. Zu seinen Mitgliedsorganisationen gehörten z. B. der **„Nationalsoziale Bund“** (*Nacional-Social'nyj sojuz*) und die **„Slawische Volksversammlung“** (*Slavjanskoe Veče*), die den Nationalsozialismus als ihre Ideologie verkündeten. Ungeachtet dessen blieb die neue

⁸ Vo vremja sojuza, in: Narodnyj deputat, 1991, Nr. 9, S. 13-19.

Organisation ein treuer Verbündeter der Parteien und Bewegungen des „linken“ Spektrums.

Eine weitere, im Mai 1989 gegründete, Bewegung, die „Einheit - für Leninismus und kommunistische Ideale“/ *Einheit (Edinstvo - za leninizm i kommunističeskie idealy)*, vertrat ganz offen stalinistische Positionen; ihre Mitglieder arbeiteten teilweise mit den Nationalisten von „Pamjat“, teilweise auch mit der VFW zusammen. Selbstverständlich nahm „Einheit“ an vielen Aktionen (Kundgebungen, Märschen usw.) gegen die „Politik der Demokraten“ teil und unterstützte den politischen Kurs von „Union“ bzw. den ihrer Nachfolgeorganisation „Rußländischer Bund des Gesamten Volkes“. Später traten viele „Einheit“-Mitglieder in die linksradikalen kommunistischen Parteien ein. Die Führerin dieser Organisation war Nina Andreeva, eine Hochschullehrerin aus Leningrad (St. Petersburg), die durch ihr Anti-Perestrojka-Manifest in der konservativen Zeitung *Sovjetskaja Rossija* im Frühjahr 1988 landesweit bekannt geworden war.

Im Juli 1989 wurde die „Vereinigte Front der Werktätigen“/ *VFW (Ob"edinennyj Front Trudjaščichsja)* wurde auf Unionsebene, im September 1989 für die RSFSR gegründet. Die Initiative ging von den dogmatischen Ideologen des Marxismus-Leninismus (deren „Assoziation des wissenschaftlichen Kommunismus“ wurde zum kollektiven Mitglied der Organisation), von Vertretern der baltischen „Interfronten“ und von den Führern der sozialistisch orientierten national-patriotischen Gruppen aus. Die VFW beteiligte sich vor allem an Aktionen gegen die Marktreform. Auf ihrem Kongreß im Januar 1990 kam es zur Bildung der Bewegung „Kommunistische Initiative“ (*Kommunističeskaja Inicijativa*), deren Ziel die Schaffung einer oppositionellen kommunistischen Partei auf der VFW-Plattform war. Einige Mitglieder der VFW waren gleichzeitig Mitglieder des ZK der KP der RSFSR. Die führenden Figuren der „Kommunistischen Initiative“ waren Ideologiefunktionäre, allen voran Richard Kosolapov, Chefredakteur der Parteizeitschrift „*Kommunist*“, die sich mit Fragen der Theorie des Marxismus-Leninismus beschäftigte. Insgesamt zählte die Organisation, die einige regionale Abteilungen hatte, ca. 3.000 Mitglieder.

Vor dem August-Putsch 1991 setzte sich die Bildung von linken Splitterparteien fort. Seit Mai 1989 bestand die „Konföderation der Anarcho-Syndikalisten“ / *KAS (Konfederacija Anarcho-sindikalistov)*. Von ihr spaltete sich im Sommer 1990 die „Assoziation Anarchistischer Bewegungen“ (*Associacija anarhičeskich dviženij*) ab. In der KAS befanden sich sogenannte Anarcho-Kommunisten, Anarcho-Demokraten, Anarcho-Pazifisten und Anarcho-Individualisten. Manche von ihnen arbeiteten aktiv mit diversen Grünen Gruppen und mit den neuen Gewerkschaften zusammen. Die KAS war auf publizisti-

schem Gebiet aktiv und hatte insgesamt 15 Publikationsorgane, darunter die Zeitschrift *Obščina* (Gemeinde).

Die Sozialistische Partei „Neue Sozialisten“ (*Socialističeskaja partija „Novye socialisty“*), bestand seit Juni 1990 und hatte rund 300 Mitglieder, darunter einige Volksdeputierte. Im Moskauer Stadtsowjet war sie mit einer siebenköpfigen Fraktion vertreten. Die Sozialistische Partei war zwar im Prinzip für die Marktwirtschaft, trat daneben aber mit besonderem Nachdruck für ein entwickeltes System sozialer Garantien und eine breite Entfaltung der Demokratie auf der Grundlage örtlicher und betrieblicher Selbstverwaltung ein. Die führende Rolle in der Partei spielte der oben bereits erwähnte Boris Kagarlickij. Anfang 1992 zerfiel die Partei, da der größte Teil der Mitglieder in die neugegründete „Partei der Arbeit“ (*Partija Truda*), übertrat, während eine Minderheit die Neubildung der Gruppe „Linke Sozialisten“ (*Levyje Socialisty*) verkündete. Sowohl die KAS als auch die Sozialistische Partei unterhielten aufgrund ihrer ausgeprägten demokratischen Position enge Kontakte zu der Bewegung „Demokratisches Rußland“.

Von den zahlreichen weiteren Gruppen und Grüppchen unterschiedlicher marxistischer Richtungen sollen hier gesondert erwähnt werden⁹:

- die „Marxistische Partei der proletarischen Diktatur“ (*Marksistskaja partija diktatury proletariata*) und die „Demokratische Arbeiterpartei (Marxisten)“ (*Demokratičeskaja rabočaja partija /Marksisty*), die beide im März 1990 auf demselben Kongreß gegründet wurden und nicht mehr als jeweils einige Dutzend Mitglieder besaßen;
- die „Kameradschaft der sozialistischen Volkstümler“ (*Tovariščestvo socialistov-narodnikov*), die im Februar 1990 entstand und gute Beziehungen zur Sozialistischen Partei und zur KAS unterhielt;
- trotzkistische Gruppen, so seit 1990 das „Komitee für Arbeiterdemokratie und Internationalen Sozialismus“ (*Komitet za rabočuju demokratiju i internacional'nyj socializm*) und die von der KAS 1990 abgespaltene Gruppe „Revolutionäre proletarische Zellen“ (*Revoljucionnyje proletarskie jačejki*);
- der „Bund der jungen Kommunisten“ (*Sojuz molodych kommunistov*), die im November 1990 gegründete Jugendorganisation von „Einheit“ und der VFW.

⁹ Slovar' oppozicii. Novye političeskie partii i organizacii Rossii. Analitičeskie vesti informacionnogo agentstva „Postfaktum“, April 1991, Nr. 4-5.

3. Kommunistische und sozialistische Parteien und Bewegungen nach dem Ende der KPdSU (seit Herbst 1991)

3.1. Kommunistische und sozialistische Parteien

Nachdem Jelzin am 12.6.1991 gegen den KPdSU-Apparat die Präsidentschaftswahl in Rußland gewonnen hatte, verbot er am 20.7.1991 per Dekret sämtliche „organisatorischen Strukturen“ aller politischen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen in allen staatlichen Einrichtungen.¹⁰ Faktisch war davon allein die KPdSU betroffen, da die neuen Parteien und Bewegungen noch zu schwach waren, um in den Betrieben und Institutionen eigene Organisationen zu haben.

Der gescheiterte Staatsstreich vom 19.-21.8.1991 bedeutete faktisch das Ende der KPdSU sowie das Ende ihrer Staatsschöpfung, der UdSSR. Mit Dekreten vom 23. und 25.8.1991 suspendierte Präsident Jelzin die Rußländische KP und übertrug das in Rußland befindliche KPdSU-Vermögen dem Staat. Mit dem Dekret vom 6.11.1991 wurden die KPdSU und die KP der RSFSR endgültig verboten.¹¹ Auf Antrag von Abgeordneten der Parlamentsfraktion „Kommunisten Rußlands“ überprüfte das im Herbst 1991 gebildete Verfassungsgericht des Landes die Verfassungsmäßigkeit der Dekrete. Seine Entscheidung vom 30.11.1992 folgt in wesentlichen Punkten der Position des Präsidenten.¹² Das Verbot des gesamten Apparates der KPdSU bis hin zu den Parteiorganisationen in den Betrieben wurde für verfassungsmäßig erklärt, da es sich bei dieser Struktur nicht eigentlich um eine „Partei“, sondern um einen quasi staatlichen Herrschaftsmechanismus gehandelt habe. Nur die territorialen Grundorganisationen der KPdSU hätten den Charakter „gesellschaftlicher Organisationen“ besessen. Deren Verbot habe daher gegen das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit verstoßen und sei infolgedessen verfassungswidrig. Das Verfassungsgericht sah es als erwiesen an, daß die KPdSU-Führung (als solche) die Putschisten unterstützt habe. Das Verbot des Parteiapparats sei als Vorbeugungsmaßnahme gegen weitere Putschversuche gerechtfertigt gewesen.

Nach dem Verbot der KPdSU und der KP Rußlands entstanden auf der Basis schon existierender Plattformen und Bewegungen schnell einige kommunistische und sozialistische Parteien:^{13 14}

¹⁰ Text des Dekretes VVS RSFSR 1991, Nr.31, Pos. 1035; ausführlich: Meissner, Boris: Gorbatschow, Jelzin und revolutionärer Umbruch, in: Osteuropa 1992, S. 39-40.

¹¹ VVS RSFSR 1991, Nr.35, Pos. 1149; VVS RSFSR 1991 Nr. 35, Pos. 1164; VVS RSFSR 1991, Nr. 45, Pos. 1537.

¹² Text der Entscheidung des Verfassungsgerichts Rußlands: VVS RF 1993, Nr. 11, Pos. 400. Ausführlich dazu: Luchterhandt, Otto: Vom Verfassungskomitee der UdSSR zum Verfassungsgericht Rußlands, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 118 /1993), S. 337-288 (274 ff.).

¹³ Ausführlich dazu: Ermakov, Ja./ Šavšukova, T./ Jakuničkin V.: Kommunističeskoe dviženie v period zapreta: ot KPSS k KPRF, in: „Kentavr“, 1993, Nr. 3; Kagarlickij, B.: Levye v Rossii: nadeždy, neu-

1. Auf Basis der Bolschewistischen Plattform in der KPdSU und der Bewegung "Einheit" entstand die **Allunionistische Kommunistische Partei der Bolschewisten/ AKPB** (*Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija Bol'sevikov*). Ihr Gründungskongreß fand am 7./8.11.1991 in St. Petersburg statt, Nina Andreeva wurde einstimmig zur Generalsekretärin gewählt.
2. Die **Rußländische Kommunistische Arbeiterpartei/ RKAP** (*Rossijskaja Kommunističeskaja Rabočaja Partija*) wurde am 23/24.11.1991 in Jekaterinburg als orthodox marxistische Partei gegründet. Auf dem Gründungskongreß waren 525 Delegierte versammelt. 16% von ihnen waren Arbeiter, die meisten dagegen „Parteiveteranen“ der KP. Überwiegend handelte es sich um Mitglieder der Bewegung „Kommunistische Initiative“ und der eng mit ihr verbündeten VFW. Die Hauptrolle bei der Gründung spielten Richard Kosolapov, der Mitorganisator der VFW, sowie der Professor und VFW-Aktivist Aleksej Sergeev und der General und Präsidentschaftskandidat der Wahlen 1991 Albert Makašov.
3. Der **Bund der Kommunisten** (*Sojuz kommunistov*) wurde auf einer Konferenz in Železnodorožnyj bei Moskau am 16./17.11.1991 gegründet, An der Gründung nahmen 102 Delegierte aus sieben Republiken und zwölf autonomen Gebieten Rußlands sowie aus sechs früheren Unionsrepubliken teil. Die meisten von ihnen kamen aus der „Marxistischen Plattform in der KPdSU“. Die wichtigste Rolle spielte Aleksej Prigarin, ein der Bewegung „Kommunistische Initiative“ nahestehender Führer der „Marxistischen Plattform“. Der Bund der Kommunisten war eine der kleinsten neuen kommunistischen Parteien.
4. Die **Rußländische Partei der Kommunisten/ RPK** (*Rossijskaja partija kommunistov*) wurde im Herbst 1991 nach der Spaltung der „Marxistischen Plattform in der KPdSU“ gegründet, zu ihrem Vorsitzenden wurde ZK- Mitglied Anatolij Krjučkov. Die RPK vertrat orthodoxe marxistisch-leninistische Position und befand sich in einem ständigen Konflikt mit anderen kommunistischen Parteien, insbesondere mit der KPRF wegen deren „Opportunismus“.
5. Die **Sozialistische Partei der Werktätigen/ SPW** (*Sozialističeskaja Partija Trudjaščichsja*) wurde am 26.10.1991 gegründet und vereinigte sowohl Vertreter der

dači, bor'ba, in: Svobodnaja mysl', 1994, Nr. 11; Luchterhandt, G.: Das kommunistische und sozialistische Parteienspektrum in Rußland; Luchterhandt, G.: Die rußländische Parteienlandschaft: kommunistische und sozialistische Parteien und Bewegungen; Mnogopartijnost' v Rossii: bloki i koalicii, Moskva, Rossijskaja Akademija Upravljenija, 1992, S. 143 -149;

¹⁴ Es kam dabei zu einigen Spaltungen. Die „Marxistische Plattform“ spaltete sich in drei Teile: den „Bund der Kommunisten“, der später zur Rußländischen Kommunistischen Partei - KPdSU wurde, die Rußländische Partei der Kommunisten und die Partei der Arbeit, die sich 1994 auflöste.

„Marxistischen Plattform“ als auch Mitglieder der Bewegung „Kommunisten für Demokratie“. Zur Führungsebene der SPW gehörten der bekannte Historiker und ehemalige Dissident Roj Medvedev und Parteifunktionärin Ljudmila Vartasarova.

Es entstanden weitere kleine kommunistische Parteien, deren ideologisches Spektrum vom orthodoxen Marxismus der RKAP bis zu der eher sozialdemokratischen Ideologie der SPW reichte.

Die Mitglieder der neuen Parteien waren meist aktive Kommunisten gewesen, überwiegend aus der älteren Generation. Die Programmprinzipien der neuen kommunistischen Parteien unterschieden sich beträchtlich voneinander. Auf dem „rechten“ Flügel stand die SPW, die sich vom Marxismus-Leninismus gelöst hatte und Positionen eines „demokratischen Sozialismus“ vertrat, auf dem „linken“ standen die orthodox-kommunistische RKAP und die Bolschewiken. In organisatorischer und struktureller Hinsicht folgten die Parteien des neuen linken Spektrums dem Prinzip „je linker die Partei, desto strenger die Disziplin bzw. ihr demokratischer Zentralismus“.

Neben diesen Parteien oder auf ihrer Basis wurden einige lose kommunistische Sammelbewegungen gegründet, die aber ganz überwiegend die Mitglieder der RKAP und anderer orthodox-kommunistischen Parteien vereinigten: **„Werkstätiges Rußland“** (*Trudovaja Rossija*) und ähnliche Bewegungen mit regionalem Charakter, wie **„Werkstätiges Moskau“**, **„Werkstätiges Samara“** usw. und der **„Rußländische Sowjet der Arbeiter“**. Letzterer wurde in Nižnij Novgorod unter Beteiligung von 170 Delegierten aus 54 Städten unter Mitwirkung von Makašov durchgeführt.

Im Januar 1992 wurde die **Komsomolorganisation (RKSM)** der Stadt Moskau und im April der kommunistische Jugendverband Rußlands in einem „Wiederherstellungskongreß“ wiedergegründet.

Obwohl sich viele Kommunisten besonders in der Provinz längst nach einer großen vereinigten Partei zurückgesehen hatten, kam es erst im Februar 1993 zur offiziellen Gründung der **„Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation“/ KPRF**. Die aus diversen kommunistischen Parteien der KPRF beigetretenen Mitglieder bewahrten indes ihre vorherige Parteizugehörigkeit, was sofort zu heftigsten Konflikten führte. Führend in der KPRF war der ehemalige Mitarbeiter des ZK-Apparats, Gennadij Zjuganov.¹⁵

Parallel dazu wurde ferner eine **„KPdSU-Union der Kommunistischen Parteien“** gegründet, an der sich kommunistische Organisationen aus den früheren Unionsrepubliken beteiligten.

Der KPRF sehr nahe stand die im Februar 1993 gegründete „Agrarpartei Rußlands“/ APR (*Agrarnaja Partija Rossii*), welche die "roten Fürsten" vom Lande, die Kolchosvorsitzenden und Sovchosendirektoren, vereinigte. Vorsitzender der Partei wurde Michail Lapšin. Viele APR-Mitglieder waren gleichzeitig Mitglieder und sogar Aktivisten der KPRF.

Die kommunistischen Organisationen hatten eine Verbindung zu den alten und neuen patriotischen Parteien und Bewegungen; doppelte Mitgliedschaft war auch hier die Regel. Kurz vor und kurz nach dem Beginn der Wirtschaftsreform kam es zur Gründung einer Reihe patriotischer und "kommunistisch-patriotischer" Organisationen, die sich teilweise auf schon vor dem Putsch existierende Organisationen stützen konnten.

Im Januar 1992 fand der Gründungskongreß einer breiten Sammelorganisation mit der Bezeichnung "Vaterland" (*Otčizna*) statt, an dem sowohl Vertreter der kommunistischen als auch der patriotischen Parteien sich beteiligten. Diese wie auch die Gründung einer Reihe ähnlicher Organisationen (z.B. die im Februar gegründete "Rußländische Volksversammlung") dienten aber nur als Vorbereitung auf die Bildung einer starken, vereinigten Opposition. Im Oktober 1992 gründeten Vertreter vieler kommunistischer und patriotischer sowie ehemaliger demokratischer Vereinigungen ein breites oppositionelles Bündnis, die „Front der Nationalen Rettung“/ FNR (*Front Nacional'nogo Spasenija*). In der FNR sahen sowohl der Präsident als auch die demokratischen Bewegungen die größte Gefahr für die demokratischen Reformen. Der Versuch Jelzins, die FNR per Dekret zu verbieten, scheiterte, weil die Maßnahme vom Verfassungsgericht als Kompetenzüberschreitung und damit für verfassungswidrig erklärt wurde.¹⁶ Bis Herbst 1993 gewann die FNR schnell an Einfluß.

Die Präsenz von Vertretern aus Parteien und politischen Bewegungen im Volkskongreß und im Obersten Sowjet bedeutete keineswegs klare Abgrenzungen, organisatorische Verbindungen und berechenbare Zuordnungen. Die Verbindungen zwischen Parteien und Parlament waren eher mittelbarer Natur. Auch die Fraktionen in den lokalen Sowjets waren parteilich nicht festgelegt, und die Deputierten waren bei den Abstimmungen nicht einmal an die Position ihrer Fraktion gebunden.¹⁷ Das Bild der Beziehungen zwischen der Legislative und den Parteien bzw. Bewegungen wird noch verschwommener durch den Umstand, daß auch die Fraktionen als solche, d.h. als eigenständige Grö-

¹⁵ Ausführlich zu Zjuganov: Krotov N./ Luchterhandt G.: Zwischen "Patriotismus" und "Sozial-Demokratie". Der Kommunist Gennadij Zjuganov.

¹⁶ VVS RF 1993, Nr. 9, Pos. 344.

¹⁷ Vgl.: Pribylovskij, Vladimir: *Političeskie frakcii i deputatskie gruppy Rossijskogo parlamenta*.

ße neben den Parteien, an politischen Bündnissen außerhalb des Parlaments teilnahmen.

4. Die Kommunisten nach der Verfassungsreform 1993

Die Periode zwischen den Parlamentswahlen von 1993 und 1995 bedeutete für die Kommunisten und vor allem für die KPRF einen Rollenwechsel von der „unversöhnlichen Opposition“ zur stärksten Kraft in der Legislative auf föderaler Ebene und in den meisten Regionen sowohl auf regionaler als auch auf lokaler Ebene.¹⁸ Immer stärker waren sie auch in den Exekutivorganen vertreten. Es wuchs der Anteil „links“ wählender Bürger.¹⁹ Die KPRF wurde zur mitgliedstärksten Partei, was auch die Sympathisanten und „Rivalen“ aus dem linken Teil des politischen Spektrums stark beeinflusst.²⁰

Am 21.9.1993 löste Präsident Jelzin mit seinem Dekret „Über die etappenweise Verfassungsreform in der Rußländischen Föderation“²¹ den Obersten Sowjet und den Kongreß der Volksdeputierten auf und ordnete an, beschleunigt eine endgültige Version der Verfassung auszuarbeiten und gleichzeitig mit den am 12.12.1993 angesetzten Parlamentswahlen ein Verfassungsreferendum durchzuführen.²² Unmittelbar nach diesem - offenkundig verfassungswidrigen - Schachzug des Präsidenten trat der Kongreß der Volksdeputierten Rußland zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, auf welcher die Anordnungen Jelzins für rechtswidrig erklärt wurden. Auf der Grundlage einer Stellungnahme des Verfassungsgerichts wurde vom Volkskongreß (deklaratorisch) der automatische Amtsverlust Jelzins festgestellt und Vizepräsident Alexander Ruckoj als Präsident Rußlands vereidigt. Im Gegenzug riegelten die präsidententreuen Truppen des Innenministeriums das Parlamentsgebäude ab. Nach dem Scheitern der Versuche, zu einem Kompromiß zu kommen, und nach blutigen Auseinandersetzungen zwischen regierungstreuen Truppen und parlamentstreuen Freiwilligenverbänden, die das „Weiße Haus“ zu verteidigen versuchten, wurde das Parlamentsgebäude beschossen und gestürmt. Gegenpräsident Ruckoj, der Parlamentsvorsitzende Ruslan Chasbulatov und an-

¹⁸ Siehe dazu: Cholmskaja, M.: Komdviženie v Rossii: organizacionnyj etap, in: Vlast', 1994, Nr. 12; Federal'noe sobranie Rossii: opyt pervych vyborov. Moskva, Institut gosudarstva i prava RAN, 1994; Partii i političeskie bloki v Rossii, Moskva, Nipek, 1993, S. 80 -125, 188 -192, 203 -205; Rossija: partii, vybory, vlast', Moskva, „Obozrevatel“, 1996, S. 57 -74; Spravočnik. Političeskie partii, dviženija i bloki sovremennoj Rossii, Nižnij Novgorod, 1993, S. 25 -39.

¹⁹ Vgl. dazu: Segal, A.: Elekorat levych sil, in: Analiz elektorata političeskich sil Rossii, Moskva, Komtech, 1995, S. 32 -45.

²⁰ Vgl.: Ivanov, Leonid J.: Rußland nach Gorbatschow. Wurzeln, Hintergründe, Trends der sich formierenden Gruppierungen, Perspektiven für die Zukunft.- Passau: Wiss.-Verl. Rothe, 1996, S. 197 -220.

²¹ SAPP RF 1993, Nr.39, Pos.3597.

dere führende Vertreter von Parteien und Bewegungen, die auf seiten des Parlaments an dem Aufruhr teilgenommen hatten, namentlich Makašov (RKAP) und Viktor Anpilov ("Werktägliches Rußland"), wurden verhaftet.

Nachdem zunächst Generalstaatsanwalt, Sicherheitsministerium und Justizministerium einige widersprüchliche Anordnungen getroffen hatten, und das Verbot von 18 präsidentenfeindlichen Parteien und Bewegungen bekanntgemacht worden war, schloß der Präsident durch ein Dekret vom 19.10.1993 sechs gesellschaftliche Organisationen der vereinigten Opposition von der Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen aus:²³ die FNR, die RKAP, den Offiziersbund (*Sojuz Oficerov*), den Bund des sozialen und rechtlichen Schutzes der Wehrbediensteten, Wehrpflichtigen und ihrer Familienmitglieder "Schild" ("*Ščit*"), die nationalistische "Russische Nationale Einheit" ("*Russkoe Nacional'noe Edinstvo*") sowie die "Rußländische Kommunistische Jugendunion".

Im Unterschied zu anderen (radikalen) oppositionellen Parteien und Bewegungen, etwa der RKR von Viktor Anpilov und Makašov, nahm die KPRF an den Auseinandersetzungen um das Weiße Haus im Oktober 1993 nicht teil, obwohl sie das Dekret Nr. 1400 als verfassungswidrig und volksfeindlich einstufte und in der „Ansprache an das Volk“ die Ereignisse vom 3./4.10.93 als "blutige Abrechnung mit dem Obersten Sowjet" charakterisierte. Wegen Beteiligung einiger ihrer Parteimitglieder an diesen Auseinandersetzungen wurde die Tätigkeit der KPRF bis zum 18.10.1993, d.h. bis zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Moskau, vom Justizministerium suspendiert. Von den Wahlen konnte sie jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Am 1.10.1993 bestätigte der Präsident die "Ordnung über die Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma im Jahre 1993", die zwei Monate vor dem Wahltermin veröffentlicht wurde.²⁴ Nach der Wahlordnung sollte die eine Hälfte, d.h. 225 Abgeordnete der Duma, nach Parteilisten gewählt werden, die andere Hälfte hingegen im Wege der Direktwahl nach dem Mehrheitswahlsystem. Berechtigt zur Teilnahme an den Wahlen waren: "gesamtföderale Parteien" und "gesamtföderale politische Bewegungen", deren Satzungen vom Justizministerium der Rußländischen Föderation registriert worden waren, sowie Blöcke solcher gesellschaftlicher Vereinigungen, die zum Zweck der Beteiligung an den Wahlen gegründet wurden. Die an der Wahl teilnehmenden Organisationen wurden unter dem Oberbegriff der "Wählerversammlung" zusammengefaßt. Die Zentrale Wahlkommission ließ 13 von 21 Parteien bzw. Blöcken, die mit dem Sammeln von Unterschriften

²² Zum Ablauf der Wahlen und Wahlergebnissen siehe: Sakwa, Richard: *The Russian Elections of December 1993*; Schneider, Ebergard: *Das neue Russische Parlament*; ders., *Die Parlamentswahlen in Rußland vom Dezember 1993. Ein Überblick*, S. 442, ff.

²³ Vgl.: SAPP RF, Nr.43, Pos.4080.

²⁴ Vgl.: SAPP RF, Nr.43, Pos.3907.

begonnen hatten, zu den Wahlen zu; ihre Liste wurde am 12.11. veröffentlicht.²⁵ Auf den föderalen und regionalen Listen aller an den Wahlen beteiligten Wählervereinigungen standen sowohl „echte“ Mitglieder der Parteien und Bewegungen als auch Personen, die zum Teil erst im letzten Moment gefunden worden waren und gegebenenfalls durch ihre Prominenz bzw. ihren hohen sozialen Status Wählerstimmen mobilisieren sollten. Insgesamt wurden für 225 Mandate der Parteien 1756 Kandidaten nominiert.²⁶

An den Wahlen nahmen 54,8% der Wahlberechtigten teil. In die Duma wurden 444 von 450 Deputierte gewählt, darunter 225 über Parteilisten und 219 direkt; die noch fehlenden Mandate wurden ebenfalls im März 1994 besetzt.

Die 225 nach den Listen zu vergebenden Duma-Mandate verteilten sich folgendermaßen auf:

Liberal-Demokratische Partei	59 Sitze
Rußlands Wahl	40
KPRF	32
Agrarpartei Rußlands	21
Frauen Rußlands	21
JABLOKO	20
Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht (PRES)	18
Demokratische Partei Rußlands	14

Von den auf dem Wege der Direktwahl in die Staatsduma gelangten Abgeordneten waren einige von den Parteien und Bewegungen selbst nominiert worden, so daß ein Teil von ihnen den Fraktionen der betreffenden Parteien beitrug. Die Zusammensetzung der Fraktionen veränderte sich dadurch wesentlich.

Im Föderationsrat, der ursprünglich von jeweils zwei Deputierten jedes der 89 Subjekte der Föderation gebildet wurde, waren 84% der Abgeordneten parteilos; es gab nur 11 Mitglieder der KPRF. Insgesamt waren im Föderationsrat 14 Mitglieder von oppositionellen Parteien und Bewegungen und 12 aus den demokratischen Parteien und Bewegungen vertreten. Dementsprechend spielte die "Parteizugehörigkeit" in dieser Kammer des Parlaments, im Unterschied zur Staatsduma, kaum eine Rolle.

Nach diversen Austritten und Verschiebungen sah das politische Spektrum in der Staatsduma im Sommer 1994 folgendermaßen aus²⁷:

²⁵ Vgl.: Rossijskaja gazeta vom 12.11.1993.

²⁶ Vgl.: Bjulleten' Central'noj Izbiratel'noj Komissii Rossijskoj Federacii, 1993, Nr.8, S.5.

²⁷ Vgl.: Federal'noe Sobranie, Moskva, „Panorama“, 1994.

Zu den **Demokraten** gehörten die Fraktionen "**Rußlands Wahl**" (*Vybor Rossii*) unter Leitung von Egor Gajdar, "**JABLOKO**" unter der Leitung von Grigorij Jawlinskij und die der **Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht** (*Partija Rossijskogo Edinstva i Soglasija*) unter der Leitung von Sergej Šachraj, insgesamt 132 Abgeordnete. Hinzu kam noch die "**Liberal-Demokratische Union des 12. Dezember**" (*Liberal'no-demokratičeskij Sojuz 12 dekabrja*), die die demokratisch gesonnenen, direkt gewählten Deputierten vereinigte; bei der Registrierung hatte die Gruppe 35 Mitglieder, schrumpfte aber allmählich, so daß ihre Registrierung schließlich Ende 1994 annulliert wurde.

Von dem vor den Wahlen existierenden Bündnis der "**zentristischen**" Kräfte gelangte in die Duma nur die **Demokratische Partei Rußlands** (*Demokratičeskaja Partija Rossii*) mit 15 Deputierten zunächst mit Nikolaj Travkin an der Spitze, der nach seiner Ernennung zum Minister durch den ehemaligen Wirtschaftsminister Sergej Glazew und später dann durch den Filmproduzenten Stanislav Govoruchin ersetzt wurde. Eher zur politischen Mitte gehörten auch die 64 direkt gewählten Deputierten, die die Gruppe "**Neue Regionale Politik**" / **NRP** (*Novaja Regional'naja Politika*) bildeten. Die NRP vereinigte Deputierte mit unterschiedlichen politischen Positionen, die überwiegend zu den regionalen Eliten gehörten. Ihr Leiter war Vladimir Medvedev, der Vorsitzende der Union der Ölproduzenten von Tjumen'. Auch die Fraktion "**Frauen Rußlands**" (*Ženščiny Rossii*) (23 Deputierte) mit Jekaterina Lachova an der Spitze, einer Beraterin des Präsidenten in Frauenfragen war den "**Zentristen**" zuzuordnen. In vielen Fragen hatte sie allerdings keine klare Position.

Die **Kommunisten** waren in der Duma mit 100 Abgeordneten stark vertreten, davon:

45 von der **KPRF** mit Zjuganov an der Spitze;

und 55 von der **APR** mit Lapšin an der Spitze.

Die **patriotische bzw. nationalistische Opposition** vertrat erstens die **LDPR** (59 Deputierte) unter der Führung von Žirinovskij. Von ihr spalteten sich im April 1994 fünf Deputierte ab und bildeten die nicht registrierte Gruppe "**Großmacht**" (*Deržava*). Hinzu kam "**Rußlands Weg**", eine ebenfalls nichtregistrierte Gruppe von 14 Deputierten (2 davon gehörten formell noch zur APR) unter der Leitung von Sergej Baburin, dem oben erwähnten Vorsitzenden von ROS, die Vertreter der "**unversöhnlichen Opposition**" vereinigte.

Die Vertretung der linken Parteien und Bewegungen in der Duma zeigt folgende Tabelle:

Tabelle 1: Mitglieder der Parteien/Bewegungen in der Staatsduma

(Stand: Juni 1994)²⁸

Parteien/ Bewegungen	Anzahl der Par- teimitglieder	Anzahl der Frakti- onsmitglieder	Verhältnis Anz. Parteimitgl. / Anz. Fraktionsmitgl.	Kommentar
KPRF	44	45	97,8	
APR	24	55	43,6	
FNR	5			vor den Wahlen verboten

Die Opposition war insgesamt gut organisiert und diszipliniert. Bei Abstimmungen zeigten die Fraktionen der KPRF und der APR eine starke Geschlossenheit.

Die zweiten Parlamentswahlen im Dezember 1995 waren für die teilnehmenden linken Parteien ein großer Erfolg.²⁹ Die KPRF nominierte 244 Kandidaten aus 88 Subjekten der Föderation (vgl.: bei JABLOKO 171 Kandidat aus 56 Regionen, beim **Kongreß der Russischen Gemeinden** (*Kongres Russkich Obsčin*) unter der Leitung von Alexander Lebed' 168 Kandidaten aus 49 Regionen).³⁰ Diesmal waren auf der Liste der Parteien die anderen linken Parteien und Bewegungen vertreten. Die RKAP, die Bewegung „Werktätiiges Rußland“ bildeten einen Wahlblock, dem auch die anderen kleinen orthodoxen kommunistischen Parteien und Bewegungen wie die RKP-KPdSU, die Rußländische Partei der Kommunisten und der Rußländische Bund der Kommunisten beitraten. Dieser Block, „Kommunisten - „Werktätiiges Rußland“ für die Sowjetunion“ (*Kommunisty - „Trudovaja Rossija za Sovetskij Sojuz“*) scheiterte nur knapp an 5% - Klausel. Nur zwei Abgeordneten, die den Parteien dieses Blocks angehörten, schafften es, direkt gewählt zu werden. Die APR und der traditionell-sozialistisch orientierte Wahlblock "Die Macht-

²⁸ Zusammengestellt von der Verfasserin auf Basis von Informationen in: Federal'noe sobranie, 1994.

²⁹ Vgl.: Belin, Laura/Ortung, W. Robert: The Russian parliamentary election of 1995, NY, Armonk, 1997, p. 11 -159; Rose, Richard/ Tichomirov, Evgeny & Mishler, William: Understanding Multi-party Choice: The 1995 Duma Election, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 5, July 1997, pp. 799-824; Rossija: partii, vybory...ebd., S. 152 -160; White, Richard/ Wyman, Matthew & Oates, Sarah: Parties and Voters in the 1995 Russian Duma Elections, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 5, July 1997, pp. 767-798.

³⁰ Errechnet auf Basis von: Federal'nye spiski kandidatov v deputaty Gosudarstvennoj Dumy, Rosijskaja gazeta, 1995.

dem Volke" (*Vlast' - narodu!*) des Ex-Premierministers Nikolaj Ryžkov, die außerdem auf der Liste standen, lagen zwar auch unter 5%, sammelten aber nicht wenig Wählerstimmen. Direkt wurden 20 von der APR nominierten Kandidaten gewählt, der Block „Die Macht dem Volke“, der 1,61% der Stimmen bekam, stellte 9 direkt gewählte Kandidaten, die den Kern der Abgeordnetengruppen der APR bzw. der „Volksmacht“ (*Narodovlastie*) unter der Leitung von jeweils Lapšin und Ryžkov in der Duma bildeten.³¹

Der Schwerpunkt der Taktik des Wahlkampfes der Kommunisten war die Agitation "von Tür zu Tür" bzw. "von Mensch zu Mensch", die die Parteimitglieder vor Ort gewährleisteten. Wahlreklame im Fernsehen war betont traditionell und langweilig, Wahlplakate machten einen billigen "Amateureindruck". Agitatoren und Unterschriftensammler waren Mitglieder oder Sympathisanten der KPRF und arbeiteten kostenlos. Im zentralen Fernsehen war die KPRF als solche minimal vertreten, wurde aber von den anderen Kandidaten kritisiert; sie nutzte dagegen aktiv die regionalen Medien.³² Diese Methode war offenkundig für die Wählerschaft der Kommunisten gerade richtig. Die KPRF war die einzige Kraft unter 43 auf dem Wahlzettel aufgelisteten Parteien, die mit minimalen Finanzressourcen ein maximales Ergebnis erzielte. Verschiedenen Umfragen zufolge sehen die Kommunisten selbst ihre Wählerschaft bzw. die soziale Basis der Partei bei den Arbeitnehmern, den Industrie- und Landarbeitern sowie bei Ingenieuren der Staatsbetriebe, wobei vermutlich fast ein Drittel über 60 Jahre und zwei Drittel über 45 Jahre alt sind. Außerdem ergaben verschiedene Untersuchungen, daß mehr als 40% dieser Wählergruppe eine Hochschulbildung haben. Der Anteil der Arbeiter ist relativ niedrig und liegt bei ca. 20%, also ist niedriger als bei der DWR; bei der LDPR ist diese Zahl doppelt so hoch. Diese Erkenntnisse veranlaßten die KPRF, ihre Meinung über die eigene Stammwählerschaft und dementsprechend ihre Wahltaktik zu ändern, die jetzt überwiegend auf Ingenieure und Techniker sowie Angestellte und Lehrer ausgerichtet ist.³³

Die Kerngruppe der Wählerschaft der KPRF blieb beständig, d.h. die Mehrheit derjenigen, die 1993 für diese Partei stimmten, waren auch nach zwei Jahren dazu wieder bereit. Die Zahl der Linkswählenden ist aber insgesamt deutlich gewachsen,

Die Stimmen der "links" bzw. "kommunistisch" gestimmten Wähler verteilten sich zwischen einer Reihe von Wahlblöcken. Mit 22,3% der Wählerstimmen hat die KPRF ihre Ergebnisse von 1993 verdoppelt. Der Block "Kommunisten-Werktätiges Rußland für die Sowjetunion" bekam 4,53% der Stimmen; auch die traditionell sozialistisch orientierte

³¹ Vgl.: Federal'noe sobranie. Spravočnik. Moskva, „Panorama“, 1996.

³² Vgl.: Vasil'ev, Andrej/ Dergačeva, Lidija: Strasti vokrug četvertoj vlasti, in: Izvestija vom 12.04.1994, S.5.

³³ Vgl.: Segal, Aleksandr: Elektorat levych sil, in: Analiz elektorata političeskich sil Rossii, Komtex, Moskva, 1995, S. 40-41.

"Die Macht dem Volke" von Ryžkov bekam über 1 Million (1,61%) Stimmen. Rechnet man noch die 3,78% der Stimmen der Schwesterpartei, der APR, dazu, kommt man zu dem Ergebnis, daß mehr als ein Drittel der Wähler links wählte. Die Wahlergebnisse unterscheiden sich jedoch stark je nach der Region.

Von den sechs großen Wahlvereinigungen bei den Wahlen von 1993 schaffte es lediglich die KPRF, nicht nur ihre Wählerschaft zu vergrößern, sondern auch ihre regionale Basis zu erweitern. In 21 Subjekten der Föderation, überwiegend im Zentrum des Landes und an der Wolga (u.a. die Gebiete Brjansk, Kaluga, Orjel, Rjazan, Wolgograd, Saratow, Penza), in denen im Jahre 1993 die LDPR an erster Stelle gelegen hatte, wurde 1995 die KPRF mit ca. 30% der Stimmen zur Siegerin. Die besten Ergebnisse bekam die KPRF im Nordkaukasus (durchschnittlich 32%), in der Schwarzzerderegion (durchschnittlich 31%) und an der Wolga (durchschnittlich 25%). Ausgesprochen wenige Stimmen erhielt die KPRF (von 5% bis maximal 10%) dagegen im Norden und im Ural.

Mit 142 Mitgliedern war die Fraktion der Kommunisten, zwar größte Fraktion der Duma, war jedoch kleiner, als sie hätte sein können. Die KPRF traf die Entscheidung, der Schwesterpartei APR, deren 20 direkt gewählten Abgeordneten keine Fraktion bilden konnten, weil man dazu 35 Personen benötigt, zu helfen, und überließ der APR die fehlenden 15 Abgeordneten.

Zum Dumavorsitzenden wurde der Kommunist Gennadij Seleznev gewählt. Da jede Fraktion und registrierte Gruppe nach der Vereinbarung das Recht hatte, einen Stellvertreter zu stellen, gelangte von der KPRF noch Swetlana Gorjačeva ins Präsidium. Die Partei stellte außerdem zehn von insgesamt 26 Ausschußvorsitzenden, darunter in einigen Schlüsselausschüssen; einen davon leitet formell ein Mitglied der Fraktion der APR, das jedoch über die KPRF-Liste in die Duma gewählt wurde.

Die registrierten Fraktionen und Gruppen der zweiten Staatsduma hatten im Sommer 1996 folgende Mitgliederzahlen³⁴:

Fraktionen:

KPRF	147 Mitglieder
LDPR	51
UHR	66
JABLOKO	46

Gruppen:

APR	37
"Alle Macht dem Volke "	37
"Regionen Rußlands"	42

³⁴ Vgl.: Federal'noe..., 1996.

Die Fraktionen der KPRF sowie die Gruppen APR und "Alle Macht dem Volke" bildeten faktisch einen kommunistischen Block mit 222 Mitgliedern.

Die Opposition war insgesamt gut organisiert und diszipliniert, was sowohl für die erste als auch für die zweite Duma galt. Bei Abstimmungen zeigten ihre Fraktionen und Gruppen eine starke Geschlossenheit.

5. Die Linke vor den Präsidentschaftswahlen: neue links-patriotische Koalition

Vor den Präsidentschaftswahlen 1996 wurden von der KPRF die Ergebnisse der Wahlkampagne vom Dezember 1995 sorgfältig analysiert und die neuen Aufgaben im Präsidentschaftswahlkampf definiert, die sowohl die Programmatik als auch die Taktik und die innerparteiliche Struktur betrafen.

"Das Wählerpotential der linken Kräfte ist wesentlich breiter, als das von KPRF und APR zusammengenommen," - schrieb der Gründer der Sozialistischen Partei und Kritiker der KPRF Kagarlickij, der für eine "Volksalternative" aus der "parlamentarischen Linken", der "neuen Linken" der Gewerkschaften und Jugendorganisationen plädierte, um eine breite moderne Bewegung als Alternative zu gegenwärtigen Macht zu bilden.³⁵

Entscheidend war die Bereitschaft der Partei, eine möglichst breite Koalition zu bilden, die den gemeinsamen Kandidaten unterstützten sollte. Die Voraussetzungen für eine solche **völkisch-patriotische** Koalition waren längst vorhanden: Seit dem August-Putsch waren mehrmals Versuche unternommen worden, eine effektive Koalition aus "Linken" und „Rechten“ zu bilden, d.h. von der Deputierten- und Wählervereinigung „Union“ über „Vaterland“ und die „Russische Nationale Landesversammlung“ bis hin zur Front der Nationalen Rettung. Solche Bündnisse existierten nicht nur im Zentrum, auch in der Provinz waren sie in der Regel sehr aktiv. Radikale Kommunisten und Nationalisten organisierten in den meisten Regionen, in denen überhaupt ein Parteienspektrum vorhanden war, seit 1991 gemeinsame Protestaktionen.

Gerade Zjuganov war ein politischer Akteur, der seit langem diese Koalition persönlich verkörperte: als Vorstandsmitglied von "Vaterland " und als Ko-Vorsitzender des Vorstandes von RNV (Russische Nationalversammlung) und FNR.

³⁵ Kagarlickij, Boris: Edinstvo levych sil? in: Svobodnaja mysl', 1995, Nr.2, S. 65.

Die politische Basis für dieses Bündnis bildete von Anfang an die Ablehnung der "Politik des nationalen Verrats". Die Bezeichnungen für den politischen Gegner sind inzwischen etwas zurückhaltender geworden, doch in den Deklarationen des VI. Plenums der KPRF über Grundlagen der Zusammenarbeit der patriotischen Volkskräfte wird das gegenwärtige Regime als "unmoralisch und verantwortungslos" und Jelzins Politik als "volksfeindlich" bezeichnet. Um den Sieg eines Kandidaten zu gewährleisten, mußte diese Vereinigung aller Kräfte auf einer sehr verschwommenen ideologischen Basis erfolgen, im Geist der "besten heimatlichen Traditionen von Volksmacht, Kollektivismus, Patriotismus und Einigkeit der Nation". Ihr Ziel ist, "das Land aus einer tiefen Krise auf einen normalen Entwicklungsweg zu führen, der das Gedeihen des Staates, die Berechenbarkeit seiner Innen- und Außenpolitik, das Wohlergehen der Bürger, ihrer Verfassungsrechte, Frieden und Eintracht in der Gesellschaft gewährleistet".³⁶

Die Koalition gelang tatsächlich. Selbstverständlich war die Schwesterpartei APR bereit, trotz ihrer Differenzen mit der KPRF vor den Wahlen (diese Differenzen betrafen die fast ausschließliche Orientierung der APR auf die Kolchosvorsitzenden und die Konkurrenz mit der KPRF auf den Lande), Zjuganov zu unterstützen. Aber auch die größeren Organisationen - die Agrarunion Rußlands unter der Leitung des August-Putschisten Sergej Starodubcev sowie die Gewerkschaften des agroindustriellen Komplexes - waren bereit, mit Taten für den Sieg eines Kommunisten zu kämpfen. Eher selbstverständlich war die Unterstützung der Deputiertengruppe "Volksmacht" unter Leitung von Nikolaj Ryžkov. Sogar die schärfsten Kritiker von Zjuganov und der KPRF aus dem linken Teil des kommunistischen Spektrums, wie Anpilov, unterstützten Zjuganov als gemeinsamen Kandidaten. Auch die Union der Kommunistischen Parteien - KPdSU unter der Leitung von Oleg Ženin, die einige kommunistische Parteien der früheren Sowjetrepubliken, darunter auch die KPRF, vereinigte, beschloß auf ihrem Plenum, Zjuganov zu unterstützen.³⁷

Dem Block schloß sich eine Reihe von national-patriotischen Parteien und Bewegungen an, darunter der Rußländische Bund des Gesamten Volkes, die Russische Partei, die Partei "Großmacht" des amnestierten Exvizepräsidenten Alexander Ruckoj. In den Regionen unterstützten verschiedene Organisationen der Opposition den "Kandidaten der patriotischen Volkskräfte"; in Tomsk waren es beispielsweise 15 Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften.³⁸

³⁶ Pravda Rossii, vom 22.02.1996, S. 1.

³⁷ Vgl.: Garifullina, Nadežda: My istoričeski otvetstvenny za sud'bu svoego naroda i svoej strany - SSSR" s plenuma Soveta SKP - KPSS, in : Glasnost'1996, Nr.1, S. 5.

³⁸ Vgl.: Soobščenie s mest, in: Sovetskaja Rossija vom 19.03.1996, S. 1.

Während im Zentrum Auseinandersetzungen zwischen den "radikal-orthodoxen" (RKAP, "Werk tätiges Rußland") und gemäßigten sozialistischen und zur Sozialdemokratie neigenden Strömungen an der Tagesordnung waren und es zu ständigen Rivalitäten zwischen diesen Organisationen bzw. ihrer Führung kam, sah das Bild in den Regionen, sogar in denen mit entwickeltem Parteienspektrum, völlig anders aus.³⁹ In mehreren Regionen vereinigten Bündnisse und Blöcke alle Organisationen aus dem linken Teil des politischen Spektrums sowie "patriotische" Organisationen, die teils vorübergehend, zum Zweck des Wahlkampfes gebildet wurden, teils aber einen stabilen Charakter hatten wie „Für Volksmacht“ (*Za narodovalstie*) im Gebiet Swerdlowsk und „Gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption“ (*Protiv bednosti, bezraboticy i korrupcii*) im Gebiet Orenburg. Die Formen der Organisation zwangen die Kommunisten zum ideologischen Pluralismus, daher war die Verschwommenheit der Programmatik auch im Zentrum nicht erstaunlich. Auf diese Weise wurde praktisch am Aufbau der Parteiorganisation und der Koalitionen zur Konsolidierung und Vereinigung aller Kräfte der Opposition gearbeitet.

Die Wahlergebnisse bezeugen, daß das Potential der linken Kräfte in Rußland sehr groß und stabil ist, jedoch bestimmte Grenzen nicht überschreiten kann: im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl bekam Zjuganov mit 32,03% der Stimmen (das entspricht 24.211.686 Stimmen) ungefähr ebenso viele (1,09 Mal mehr) wie bei der Duma-Wahlen alle linken Wahlblöcke zusammen; im zweiten Wahlgang vergrößerte sich die Zahl seiner Wähler um 5,9 Mio. auf 40,31%.⁴⁰ Er siegte im ersten Wahlgang in 43, im zweiten in 32 Subjekten der Föderation.⁴¹

6. Das linke Parteienspektrum heute

Neben der stärksten parlamentarischen Kraft, der KPRF, agiert Anfang 1998 in Rußland eine bunte Palette von den linken Parteien und Bewegungen - von Anarchisten bis hin zu orthodoxen Bolschewiki und gemischten kommunistisch-chauvinistischen Organisa-

³⁹ Zu regionaler politischer Entwicklung: McAuley, Mary: *Russia's politics of uncertainty*, Cambridge University press, 1997.

⁴⁰ Vgl.: Mendras, Marie: *Yeltsin and the Great Divide in Russian Society*, in: Rose, Richard/ Tichomirov, Evgeny & Mishler, William: *Understanding Multi-party Choice: The 1995 Duma Election*, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 49, No. 5, July 1997, pp. 799-824. 51-56; Mikhailovskaya, Inga: *Russian Voting Behavior as a Mirror of Social-Political Change*, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 49, No. 5, July 1997, pp. 57-63; Schejnis, Viktor: *Die Präsidentschaftswahlen in Rußland: Ergebnisse und Perspektiven*, in: *Osteuropa*, 1996, Nr. 11, S. 1053 -1071; *Vybory prezidenta Rossijskoj Federacii 1996 goda: Itogi i vyvody*, Moskva, 1996, S. 23 - 24.

⁴¹ Ebd., S. 11, 15.

tionen.⁴² Wie vorher ist auch gegenwärtig die doppelte oder gar dreifache Mitgliedschaft keine Ausnahme, daher ist es sehr schwer, die Zahl der realen Mitglieder festzustellen. Im großen und ganzen verteilt sich das linke Spektrum auf eine „parlamentarische“ (die KPRF und die APR) und eine „außerparlamentarische“ Opposition, wobei einige Vertreter der „außerparlamentarischen“ Opposition (RKAP, RKP - KPdSU, u.a.) auch in der Staatsduma sitzen.

6.1. Bündnisse

In diesem Teil des politischen Spektrums gibt es zwei wichtige breite Bündnisse:

1. Die im August 1996 gegründete „Patriotische Volksunion“ (*Narodno-Patriotičeskij Sojuz*), die sich um die KPRF als ihren festen Kern gruppierte und praktisch alle bedeutenden kommunistisch und national-patriotisch orientierten Organisationen, darunter die APR und die „Großmacht“ von Ruckoj, vereinigt, steht in Opposition zur Politik der Regierung bzw. des Präsidenten. Im Unterschied zur Phase der „unversöhnlichen Opposition“ bis zum Ende des Jahres 1993 ist dieses Bündnis jetzt nach eigener Auffassung „innerhalb der Macht selbst“⁴³, nämlich in den Vertretungsorganen aller Ebenen und in der Exekutive sogar durch einen Minister vertreten. Zum Koordinationsrat, dem Führungsorgan der Union mit 150 Mitgliedern, gehören als stellvertretende Vorsitzende neben Zjuganov der ehemalige Minister für GUS-Fragen und dann Gouverneur in Kemerovo Aman Tulejew, der Gouverneur von Kursk Alexander Ruckoj und der Dumafraktionsvorsitzende Nikolaj Ryžkov.⁴⁴ Der Parlamentsvorsitzende Gennadij Seleznev gehört als Mitglied der KPRF auch zu diesem Bündnis.

Die Kommunisten und ihre Verbündeten sind inzwischen bereit, in bestimmten Bereichen mit der Regierung zusammenzuarbeiten und nach Kompromissen zu suchen. Die Vertreter der Patriotischen Volksunion sind nicht nur in den Exekutivorganen vertreten, sie nehmen auch an den Sitzungen des im Herbst vom Präsidenten gegründeten gesellschaftlichen Rates teil.⁴⁵

Die Patriotische Volksunion definiert ihre Position als „links-zentristisch“. Die Ideologie des Bündnisses ist eine in sich widersprüchliche und relativ uneindeutige Mischung aus

⁴² Ausführlich zum Parteienspektrum: Sakwa, Richard: *Russian politics and society*, NY, 1997, p.75 - 100; Urban, Djoan /Solovej, Valerij: *Kommunističeskoe dviženie v postsovetskoj Rossii*, in: *Svobodnaja mysl'*, 1997, Nr. 3, S. 14 -28.

⁴³ *Sdelat' predstoit bol'se, čem sdelano*. Doklad G. A. Zjuganova na plenum CK KPRF, in: *Pravda Rossii* vom 18.01.1996, S. 3.

⁴⁴ Vgl.: Kanor, Julija: *Novaja pesnja o starom*, in: *Novoe vremja*, 1996, Nr.46, 7.

⁴⁵ Nach der anfänglichen Weigerung, ohne Präsidenten mit Černomyrdin und Čubajs über die aktuelle Politik zu beraten, nahm Seleznev schließlich doch an den Sitzungen teil.

einer besonderen Form des "Patriotismus" und traditionellen Elementen der sozialistischen bzw. kommunistischen Ideologie, die im Programm der KPRF selbst deutlicher als im Programm der Patriotischen Volksunion zu finden sind.⁴⁶ Unter "Patriotismus" wird dabei die "Verteidigung der gesamtnationalen und gesamtstaatlichen Interessen" verstanden, die negativ im Sinne von "antiwestlich" definiert werden. Die KPRF, die den "festen Kern" und die treibende Kraft der Patriotischen Volksunion bildet, ist zur Zeit die größte Partei in Rußland, deren Organisation sich auf alle Föderationssubjekte, alle Großstädte, zahlreiche Kleinstädte und sogar auf ländliche Gebiete erstreckt. Die Anzahl der Mitglieder wurde zuletzt 1993 offiziell mit 600.000 angegeben.

Die soziale Basis und damit die Wählerschaft der KPRF und des Blocks sind in fast allen demographischen Gruppen zu finden, wobei Sympathien für die Kommunisten tendenziell vom Einkommensniveau bzw. dem Lebensstandard abhängen.

Einige radikal-orthodoxe kommunistische Bewegungen und Parteien sind nur in Extremfällen wie bei der Präsidentschaftswahl bereit, eine Koalition mit der KPRF einzugehen. Von solchen Ausnahmen abgesehen finden sich in der Bewegung "Werktägliches Rußland" und in der Rußländischen Kommunistischen Arbeiterpartei und anderen die schärfsten Kritiker der KPRF "von links".

2. Die außerparlamentarische Opposition vereinigte sich am 26.12.1993 zur „**Union der rußländischen Kommunisten**“/Roskomsojuz (*Sojuz rossijskich kommunistov*). Der neuen Vereinigung sind alle orthodoxen kommunistischen Parteien, nämlich die AKPB, die RKAP, die RPK und der BdK, sowie die Plattform „Leninistische Position“ innerhalb der KPdSU unter der Leitung von Kosolapov beigetreten. Da aber die Rivalitäten innerhalb von Roskomsojuz zu groß waren, konnte das neue Bündnis nicht zu einer in sich geschlossenen Kraft werden, seine Funktionen begrenzten sich auf die Koordination. Obwohl die KPRF bei allen öffentlichen Auftritten die anderen kommunistischen Parteien als „kleine Gruppierungen“ abstempelte, strebte sie ihrerseits nach einem Kompromiß mit den Vertretern von Roskomsojuz, was angesichts der doppelten Mitgliedschaften (KPRF bzw. RKAP in der Provinz) völlig verständlich war. Am Ende wurde die KPRF in das Bündnis aufgenommen, wurden die besonders radikalen Politiker unter den orthodoxen Kommunisten „neutralisiert“. So wurde Prigarin, der im Frühjahr 1996 den Moskauer Verband der KPRF zu spalten versuchte, mitsamt seiner Gruppe aus dem Bündnis ausgeschlossen.

⁴⁶ Ausführlich dazu: Luchterhandt, Galina: Die Kommunistische Partei...

Absehen von den starken Unterschieden in der Programmatik, sind sich alle neuen kommunistische Parteien einschließlich der KPRF in drei Grundsatzpunkten einig⁴⁷:

- in der Notwendigkeit des Überganges zum Sozialismus, weil der Kapitalismus organische Mängel hat;
- in der Einschätzung des Westens als eines natürlichen Feindes von Rußland, das seinen eigenen Weg gehen soll;
- in der Erklärung des Zusammenbruches des Sowjetsystems durch den negativen Einfluß des Westens sowie durch den Verrat der kommunistischen Elite unter dem Einfluß von Gorbatschow und Jelzin.

6.2. Parteien, Bewegungen und Gruppierungen

Die wichtigsten Parteien, Bewegungen und Gruppierungen des linken Flügels sind gegenwärtig folgende⁴⁸:

6.2.1. Die Anarchisten

- 1) Anarchistische Vereinigungen von St.Petersburg. Die seit 1988 in Leningrad existierenden anarchistischen Gruppen durchlebten im Laufe der Zeit mehrere Spaltungen und Krisen. Im Februar 1994 wurde von mehreren Splittergruppen die „**Liga der Anarchisten von Petersburg**“ (*Piterskaja Liga Anarchistov*) gegründet. Die Liga unterstützte einige Aktionen der kommunistisch-patriotischen Opposition, darunter die landesweiten Streiks und Kundgebungen der Bewegung „**Werkstätiges Rußland**“ im September 1994. Die Haupttätigkeit der Anarchisten besteht in der Herausgabe der aus Prinzip nicht registrierten Zeitung *Novyj mir* (Neue Welt) mit einer Auflage von 1 000 Exemplaren (1995). Die Zeitung ruft zur „Liquidierung des Jelzin-Regimes auf, agitiert für „direkte Aktionen“ auf der Straße und instruiert darüber, wie man bei Auseinandersetzungen mit der Miliz Molotow-Cocktails und Schlagstöcke einsetzen kann.
- 2) Die anarchistischen Gruppen waren außerdem in der 1992 gegründeten „**Föderation der revolutionären Anarchisten**“ (*Federacija revoljucionnych anarchistov*) vereinigt, die auch Mitgliedsorganisationen aus den GUS-Staaten hatte, bis sie im August 1995

⁴⁷ Urban/ Solovej, a.a.O., S. 22-23.

⁴⁸ Auf Basis folgender Informationen: Kogornju, Ju. G./ Zaslavskij, S.E.: *Rossijskaj mnogopartijnost'*, Moskva, INDEM, 1996; Oleščuk, V.A./ Pribylovskij, V.V./ Rejblat, M.T.: *Parlamentskie partii, dviženija, ob'edinenija*, Moskva, Panorama, ijun' 1996; Oleščuk, V.A. / Pavlenko, V.B.: *Političeskaja Rossija.: partii, bloki, lidery. God 1997. Spravočnik*, Moskva, 1997; Verchovskij, A./Papp, A./Pribylovskij, V.: *Političeskij ekstremizm v Rossii*, Moskva, „Panorama“, 1996.

zerfiel; an ihrer Stelle wurde die „Konföderation der revolutionären Anarcho-Syndikalisten“ (*Konfederacija revolucionnych anarcho-sindikalistov*) gegründet. Alle diese Organisationen haben jeweils nur einige Dutzend Mitglieder.

- 3) Die „Violette Internationale“ (*Fioletovyj Internacional*) existiert seit 1992 als eine alternative Jugendbewegung und steht den Anarchisten sehr nahe. In der ideologischen Plattform der Bewegung vermischten sich die Ideen von Marcuse und Adorno sowie des Neomarxismus mit der Begründung der Notwendigkeit des Partisanenkriegs. Die Mitglieder der „Violetten Internationale“, 1992-93 ca. 100, beteiligen sich an allen wichtigen Massenaktionen der Opposition und sind dabei immer zur Gewaltanwendung bereit. Die erste Auseinandersetzung mit der Miliz fand an der Seite der Vereinigten Opposition im Mai 1993 statt, später bei studentischen Unruhen in Moskau im April 1995. Die Moskauer Gruppe nennt sich die „Partisanenbewegung“ (*Partizanskoe dvizenie*) und ist Mitglied der radikalen studentischen Gewerkschaft „Studentenverteidigung“ (*Studentčeskaja zaščita*), der stärksten linksradikalen Jugendorganisation in Rußland. Die „Studentenverteidigung“ wurde nach den Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Studenten und der Miliz im April 1994 in Moskau gegründet. Die Organisation tritt für die Rechte der Studenten und für Zivildienst als Alternative zum Militärdienst ein; ideologisch ist sie links einzuordnen. In der gleichnamigen Zeitung mit einer Auflage zwischen 2.000 und 3.000 Exemplaren sind oft antiwestliche Äußerungen zu finden. Die Anarchisten, bolschewistische und maoistische Gruppierung sowie der RKSM beteiligen sich an den Aktionen der „Studentenverteidigung“. Eine der Aktionen in Moskau im April 1995 endete sich mit blutigen Schlägereien mit der Miliz, bei denen es mehr als 200 Verletzte gab.

6.2.2. Bolschewiken, Stalinisten und orthodoxe Marxisten

- 1) Die noch 1991 gegründete „Bolschewistische Plattform“ (s.o.) bleibt bestehen und arbeitet eng mit der Bewegung „Werk tätiges Rußland“ zusammen. Sie verurteilt die KPRF Zjuganovs für ihre „rechten Abweichungen“, ruft zur Wiederherstellung der Sowjetunion auf und boykottiert die Wahlen. Die Bolschewistische Plattform beteiligt sich als Kollektivmitglied an der Union der Kommunisten - KPdSU und hat nach eigenen Einschätzungen ca. 1 000 Mitglieder. Die Vorsitzende der Organisation ist Tatjana Chabarova.
- 2) Die ebenfalls 1991 gegründete „Allunionistische Kommunistische Partei der Bolschewiken“ (AKPB) erlebte 1992 einige Spaltungen. In Moskau (unter Leitung des

1963 geborenen Sozialwissenschaftler Alexander Lapin⁴⁹) und in einigen anderen Städten gründeten die abgespalteten Gruppen selbständige radikal-kommunistische Organisationen. Die Partei wird weiterhin von der 1938 geborenen Physikerin und Hochschullehrerin Nina Andreeva geführt. Typisch für die AKPB sind radikale Parolen wie etwa „Jelzin muß erschossen werden“ oder „Wenn wir an die Macht kommen, werden alle diese Gorbatschows, Jelzins und Gajdars öffentlich auf dem Roten Platz hingerichtet“⁵⁰. Ebenfalls sind die Bolschewiken offen antisemitisch; sie verwenden oft den Begriffen „Zionofaschismus“ und die Führung des Landes wird als eine Gruppe von Zionisten unter westlichen Leitung bezeichnet. Die Finanzierung der Organisation erfolgt, einigen Quellen zufolge, mit Unterstützung von Nordkorea, dem Andreeva 1992 einen Besuch abstattete, von Kuba und von einigen maoistischen Organisationen.⁵¹

- 3) Die „Allunions-Jugendgarde der Bolschewiken“ (*Vsesojuznaja molodaja gvardija bolševikov*) wurde in St. Petersburg im Juni 1992 gegründet und hatte 1993 28 Regionalorganisationen mit überwiegend Arbeitern als Mitgliedern. Die Organisation versteht sich als „Reserve“ der AKPB und der RKAP. Seit 1995 gibt die Jugendgarde die Zeitung *Proletarij* (Proletarier) heraus. Es werden Kontakte mit den Anarchisten und der „Studentenverteidigung“ aufgebaut. In Moskau hat die Organisation einige Dutzend Mitglieder.
- 4) Die National-bolschewistische Partei (*Nacional-Bolševistskaja partija*) wurde als eine Zwergpartei im Mai 1993 gegründet, ist aber wegen ihres Parteivorsitzenden, des Schriftstellers Eduard Limonov, relativ bekannt. Der 1943 geborene und in der Emigration, 1974 - 1991 (USA, Frankreich) bekannt gewordene Schriftsteller Limonov (Savenko), veröffentlicht seine Artikel in den Presseorganen der links-patriotischen Opposition und war 1992 zeitweilig Mitglied der LDPR von Žirinovskij. Zur NBP gehören außerdem der Redakteur der antiwestlichen intellektuellen Zeitschrift *Elementy*, Alexander Dugin, einige Journalisten des *Den'* (früher *-Zavtra*), einer der wichtigsten Zeitungen der national-patriotischen Opposition, und einige bekannte Rockmusiker. Die NBP veranstaltet gemeinsame Aktionen mit der national-sozialistisch orientierten „Russischen Nationalen Einheit“ (RNE) (*Russkoe Nacional'noe Edinstvo*) unter der Leitung von Alexander Barkašov. Außerdem erklärt die Partei ihre Bereit-

⁴⁹ Politikerbiografien aus folgenden Quellen: *Kto est' čto. Političeskije partii i bloki, obščestvennye organizacii*, Moskva, 1994; *Kto est' čto. Političeskaja Rossija 1995-1996*, Moskva, 1996; *Kto est' kto v Rossii i v bližnem zarubež'e*, Moskva, „Novoe vremja“, 1993; Pribylovskij, Vladimir: *Rossijskie politiki ot A do Ja. 471 biografija*, zwei Bänder, Moskau, „Panorama“, nojabr 1996; 100 partijnych liderov Rossii. Moskau, RAU-Korporacija, 1993; Vasilevskij, Andrej/Pribylovskij Vladimir: *Kto est' kto v rossijskoj politike (300 biografij)*, drei Bände, Moskva, dekabr 1993.

⁵⁰ *Bjulleten' Levogo informcentra*, 1993, Nr. 18; *Moskovskie novosti*, 1994, Nr. 50.

schaft, mit den alternativen Jugendbewegungen sowie mit Kriminellen zusammenzuarbeiten. Als Aufgabe wird die Beseitigung der „verfaulten“ Regierung und der „faulen“ Opposition verkündet, das Volk solle die Macht der „ethnischen und sozialen Minderheiten“ stürzen. Die Partei hat die Position der Regierung im Tschetschenienkrieg unterstützt. Der Westen wird folgendermaßen gesehen: „Das beste wäre, was man schon längst hätte tun sollen, diesen Westen zu erobern...“, „...die NATO und die UNO sollen mitsamt ganz Europa vernichtet werden“⁵². Im „Wahlprogramm der NBP“ vom Juli 1995 ist die Einführung eines „eisernen Vorhangs“ und die Annektierung aller Territorien mit über 50% russischer Bevölkerung vorgesehen. Die Parole der Partei ist die „national-soziale Revolution“ mit einem autoritären Führer, die auf einen Schlag das Leben von vielen verbessern und das Leben von einzelnen verschlechtern wird.⁵³ Die NBP gibt die Zeitung *Limonka* mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren (1995) heraus. Sowohl Limonov als auch Dugin nahmen an den Parlamentswahlen 1995 erfolglos teil.

- 5) Die seit 1991 existierende „Rußländische Kommunistische Arbeiterpartei“ (RKAP) (s.o.) wurde im Justizministerium 1992 registriert. Seit Januar 1992 spielt das Organisationsbüro (*Orgbjuro*) des ZK der RKAP die führende Rolle in der Partei, der erste Sekretär ist seit Dezember 1993 Viktor Tjulkin. Der 1951 geborene Tjulkin machte eine Parteikarriere und war in der Perestrojka Mitglied des ZK der KPdSU; 1991 gründete er die Bewegung „Kommunistische Initiative“. Zur Partei gehörten bis 1993 Albert Makašov und bis 1996 Viktor Anpilov. Die RKAP wurde 1992-1993 zur aktivsten Teilorganisation der unversöhnlichen Opposition (darunter auch die „Front der Nationalen Rettung“) und organisierte viele Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Regierung. Im Mai 1993 kam es während der Demonstration in Moskau zu Auseinandersetzungen mit der Miliz, außerdem beteiligte sich die Partei an den Krawallen im Oktober 1993 und wurde von Jelzin per Dekret verboten. Makašov, Anpilov und andere weniger prominente Mitglieder der Partei wurden verhaftet, später aber von der Duma amnestiert. Die Partei konnte wegen des Verbots nicht an den Wahlen im Dezember 1993 teilnehmen. Trotz der Behauptung, daß das Ziel der Partei der Generalstreik und die Absetzung der Regierung sei und eine Beteiligung an den Wahlen daher sinnlos sei, nahm die RKAP an den Parlamentswahlen 1995 teil. Zu diesem Zweck wurde ein Wahlblock mit der RKAP, der „Rußländischen Partei der Kommunisten“ von Krjučkow und der „Rußländischen Kommunistischen Partei-KPdSU“ von Prigarin gebildet. Dieser nannte sich „Kommunisten- Werktätiges

⁵¹ Verchovskij, A./Papp, A./Pribylovskij, V.: *Političeskij ekstremizm...*, S. 93.

⁵² *Promyvka mozgov*, in: *Limonka*, 1995, Nr.5; *Promyvka mozgov*, in: *Limonka*, 1995, Nr.22.

Rußland- für die Sowjetunion“ (*Kommunisty-Trudovaja Rossija – Za Sovetskij Sojuz*). Er stand als eine von 43 Wahlvereinigungen auf der „föderalen“ Liste der Parteien; außerdem kandidierten 64 Mitglieder des Blocks direkt. Der Wahlblock bekam im Lande über 3 Mio. Wählerstimmen, konnte aber mit 4,53% die 5%-Hürde nicht nehmen.⁵⁴ Es gab jedoch Regionen, in denen die Wahlergebnisse für den Block recht gut waren: 8,51% in Krasnodar, 8,51% in Udmurtien, 7,87% in Burjatien, 7,64% im Altai und 7,35%, in Tatarstan.⁵⁵ Nur ein Vertreter der RKAP, Vladimir Grigorew, der der Abgeordnetengruppe „Volksmacht“ (*Narodovlastie*) Nikolaj Ryžkovs beitrug, wurde direkt gewählt. Der ebenfalls direkt gewählte Gründer der Partei, General Makašov, ist aus ihr schon 1993 wegen der „Entfremdung“ der Partei von der patriotischen Bewegung und der „falschen“ Entscheidung der RKAP, der KPRF nicht beizutreten, ausgeschieden.⁵⁶

Obwohl das Statut die Existenz von Fraktionen verbietet, da die Partei auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist, gab es in der RKAP bis 1996 zwei Gruppen, eine um Tjulkin, der als gemäßigter Internationalist eingeschätzt wurde, und die zweite um den Stalinisten und Nationalbolschewisten Anpilov. Im August 1996 traten Anpilov und seine Anhänger in der Moskauer Organisation aus der RKAP aus, um eine neue orthodoxe kommunistische Partei zu gründen.

Im Programm der RKAP wird behauptet, daß seit den Reformen von Chruščov das Land den falschen „bourgeois“ Weg genommen habe. Die inneren Feinde hätten Unterstützung im Westen gefunden. Zum Ziel wird der Aufbau des Sozialismus mit Hilfe von Bauern- und Arbeiterräten erklärt. Eine kommunistische Partei leninistischen Typs soll an die Macht kommen, das Privateigentum soll beseitigt und die Sowjetunion wiederhergestellt werden. Intensive Propaganda betreibt die Partei mit zahlreichen Flugblättern und der 1990 gegründeter Zeitung *Molnija* (Blitz).

- 6) Die Bewegung „Werktägliches Rußland“ (s.o.) und die von dieser Bewegung im Jahre 1992 wegen der Streitigkeiten mit Anpilov abgespaltene Organisation „Werktägliches Moskau“ erlauben sowohl kollektive als auch individuelle Mitgliedschaft und stellen die wichtigste Basis für Protestaktionen der Kommunisten dar. Der Gründer der Bewegung Viktor Anpilov wurde 1945 geboren und arbeitete als Journalist, bis er seit 1992 zum professionellen „Straßenpolitiker“ wurde.

⁵³ Predvybornaja programma NBP (Osnovnye položenija), in: Limonka, 1995, Nr. 17.

⁵⁴ Vyборы deputatov Gusudarstvennoj Dumy 1995. Elektoral'naja statistika, Moskva, Central'naja Izbiratel'naja komissija, 1996, S. 146, 144.

⁵⁵ Ebd., 103-144.

⁵⁶ Vasilevskij, A./ Pribylovskij, V.: Kto est' kto v rossijskoj politike (300 biografij), Tom II, Moskva, dekab' 1993, S. 352.

1992 war das „Werktätige Rußland“ für die Blockade des „Imperiums der Lüge“, des Fernsehsenders „Ostankino“, verantwortlich. Es lieferte sich in Moskau mehrere Prügeleien mit der Miliz und wurde 1993 wegen der Beteiligung an blutigen Auseinandersetzungen vom Justizministerium verboten, Anpilov wurde verhaftet und im Februar 1994 von der Duma amnestiert. Die Duma-Wahlen 1993 wurden von der Bewegung boykottiert. Im Dezember 1995 nahm „Werktägliches Rußland“ als Mitglied des Blocks „Kommunisten - Werktägliches Rußland- für die Sowjetunion“ an den Wahlen teil. Gleichzeitig wurden 63 Direktkandidaten des Blocks registriert, darunter Prigarin und Anpilov. Die Ideologie der Bewegung ist ein orthodoxer Leninismus mit antimitischem Einschlag. Anpilov und sein „Werktägliches Rußland“ sind die schärfsten Kritiker der KPRF von links. Als Ziele der Bewegung werden die Wiederherstellung der UdSSR, des Sozialismus und der Sowjetmacht verkündet.

Der größte Teil der Mitglieder der Bewegung, ca. 60.000, gehört gleichzeitig der RKAP und anderen orthodoxen kommunistischen Parteien an. In den Regionen wird auch die Zusammenarbeit mit den gemäßigten Parteien des linken Spektrums, etwa mit der APR gepflegt. Ein Mitglied der Bewegung, Vladimir Grigorew, der der Gruppe „Volksmacht“ beitrug, wurde in die Duma direkt gewählt.

- 7) Der **Rußländische Kommunistische Jugendbund/ RKJB** (*Rossjiskij kommunističeskij sojuz molodeži*) wurde 1992 auf dem „XXII. Parteitag der Wiederherstellung des Kom-somols“ gegründet und wählte Igor Maljarov zum ersten Sekretär. Der 1965 geborene Absolvent der Moskauer Staatsuniversität und Wirtschaftswissenschaftler Maljarov war schon 1989 Gründer der Jugendorganisation der Vereinigten Front der Werktätigen, seit 1990 aktives Mitglied der „Kommunistischen Initiative“ und gehört seit ihrer Gründung dem Rat der Bewegung „Werktägliches Moskau“ an, seit 1993 ist er erster Sekretär der RKJB.

Der radikal gesinnte RKJB beteiligte sich an den Auseinandersetzungen mit der Miliz im Mai 1993 und an den Unruhen im Oktober 1993 in Moskau und wurde vor den Parlamentswahlen 1993 verboten. Einige Mitglieder wurden verhaftet und dann später von der Duma amnestiert. Mehrere Mitglieder des RKJB sind gleichzeitig Mitglieder der KPRF bzw. der RKAP. Der Bund arbeitet intensiv mit anderen kommunistischen Jugendorganisationen zusammen und initiierte mit anderen die Studentengewerkschaft „Studentenverteidigung“. Grundorganisationen des RKJB existieren in mehreren Regionen; auf seinem zweiten Parteitag (am 27.08.1994) waren 128 Delegierten aus 41 Regionen Rußlands anwesend.

Diese Organisation zeichnet sich durch einen ausgeprägten linken Extremismus, vermischt mit antiwestlicher Ideologie aus, die sich in der seit 1995 mit einer Auflage

von 5.000 Exemplaren erscheinenden Zeitung *Bumbarasch* niederschlägt. Sie ist eine der radikalsten Zeitungen im ganzen Spektrum der linken Presse überhaupt und veröffentlicht Lobartikel auf den Terroristen Carlos⁵⁷, Instruktionen für den Straßenkampf mit der Miliz⁵⁸ sowie Aufrufe der RAF.⁵⁹

Die Organisation hat Anfang 1997 einige Tausend Mitglieder und organisiert diverse Protestaktionen, die nicht selten, insbesondere in Moskau, einen gewalttätigen Charakter annehmen. Es gibt sogar eine Kampfabteilung der Organisation, die auf Auseinandersetzungen mit der Miliz spezialisiert ist.

- 8) Die **Rußländische Kommunistische Partei (RKP - KPdSU)** unterscheidet sich von allen anderen durch die Idee einer direkten personellen Mitgliedschaft der Kommunisten in der wiederhergestellten KPdSU. Die Partei wurde auf Initiative von Prigarin 1995 nach der Spaltung des „Bundes der Kommunisten“ und der Moskauer Organisation der KPRF gegründet. Der 1930 geborene Ingenieur Aleksej Prigarin arbeitete als Direktor des wissenschaftlichen Zentrums für Arbeit und Verwaltung, später im Apparat des ZK der KPdSU, wurde 1990 Mitglied des ZK und war einer der Gründer der „Marxistischen Plattform“.

Als Ziel setzt sich die RKP-KPdSU die Wiederherstellung der UdSSR und der Sowjetmacht. Die ideologische Basis der Partei bildet die „klassische“ Variante des wissenschaftlichen Kommunismus. Die Partei ist Sammelpunkt aller Kommunisten, daher ist doppelte Mitgliedschaft ihrer Mitglieder (auch in der KPRF) unvermeidlich. Die Partei ist offiziell nicht registriert, beteiligte sich aber an den Parlamentswahlen 1995 im Rahmen des Blocks „Kommunisten-Werk tätiges Rußland für die Sowjetunion“. Sie hat mit Viktor Vešnjakov ein direkt gewähltes Parteimitglied in der Duma, der aber der Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei angehört.

6.2.3. Gemäßigte Kommunisten und Sozialisten

- 1) Die **Agrarpartei Rußlands (APR) (*Agrarnaja partija Rossii*)** wurde im Februar 1993 in Moskau gegründet. Vorsitzender wurde Michail Lapšin, einer der Führer der Fraktion „Agrarunion“ im Kongreß der Volksdeputierten der RF. Damals gehörte er gleichzeitig den Vorständen der SPW und der KPRF an, die er jedoch bald verließ. Der 1934 geborene Agronom Lapšin leitete bis 1992 eine Sowchose und seit 1993 die Fraktion der APR in der ersten Duma (s.o.).

⁵⁷ „Počemu my nazyvaemsja „Bumbaraš“, in: Bumbaraš - 2017, 1994, Nr. 7 (18).

⁵⁸ Bumbaraš - 2017, 1994, Nr.3 (14).

⁵⁹ Bumbaraš - 1017, 1995, Nr. 3 (22).

Zu den Programmprinzipien der Partei gehören die staatliche Regulierung der Landwirtschaft und die Sowjets als Form der Volksdemokratie. Die Partei blieb über die Jahre ein treuer Verbündeter der KPRF. Diese Lobby-Partei sieht ihre Aufgabe vor allem in der Unterstützung des agroindustriellen Komplexes; seit März 1997 diskutiert sie auch die Unterstützung der Kolchosbauern und der selbständigen Farmer. Die APR beteiligte sich mit Erfolg an den Wahlen im Dezember 1993, sie bekam 7,99% bzw. 55 Mandate. 16 Parteimitglieder wurden damals direkt gewählt, mit 55 Abgeordneten inklusive der Fraktion beigetretener Nichtmitglieder der APR wurde ihre Fraktion zur drittgrößten in der Duma.⁶⁰ Die Beteiligung an den Wahlen 1995 führte allerdings zu keinem Erfolg: Die APR konnte die 5%-Klausel nicht überwinden, obwohl sie mit 3,78% über 2,6 Mio. Stimmen bekam. Ihre 20 direkt gewählten Abgeordneten konnten jedoch mit Hilfe der KPRF ein Abgeordnetengruppe mit 36 Mitgliedern bilden. Vorsitzender wurde der 1948 geborene Sowchosendirektor Nikolaj Charitonov, stellvertretender Vorsitzender der APR und Vorstandsmitglied der „Patriotischen Volksunion“.⁶¹

Die Partei hat nach eigenen Einschätzungen ca. 300.000 Mitglieder in allen Regionen Rußlands. Die stärksten Organisationen der APR befinden sich in den zentralen Landwirtschaftsregionen und in den Schwarzzerderegion.

- 2) Die **Sozialistische Partei Rußlands (SPR)** (*Socialističeskaja partija Rossii*) wurde im April 1996 auf Initiative des damaligen Dumavorsitzenden Ivan Rybkin⁶² auf Basis des „Wahlblocks Ivan Rybkins“ (*Izbiratel'nyj blok Ivana Rybkina*), der bei der Dumawahlen 1995 nur 1,11% der Wählerstimmen bekam⁶³, gegründet. Der 1946 geborene Landwirtschaftsingenieur Rybkin begann seine Parteikarriere in Wolgograd schon während der Perestrojka, war seit 1990 Parlamentsabgeordneter und Führungsmitglied von APR und SPW und wurde 1993 als Mitglied der APR in die Duma gewählt. Dort wurde er Dumavorsitzender und trat bald aus der APR aus. 1995 wurde er direkt in die Duma gewählt; als Jelzin ihn 1996 zum Sekretär des Sicherheitsrates ernannte, legte er sein Mandat nieder.

Die SPR definiert sich als linkszentristische Partei und tritt für den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates mit „sozialer Partnerschaft“ und „sozialer Gerechtigkeit“ ein.

⁶⁰ Federal'noe sobranie. Spravočnik. Moskva, „Panorama“, 1994, S. 104 - 105.

⁶¹ Federal'noe sobranie. Spravočnik. Moskva, Fond razvitija parlamentarizma v Rossii, 1996, S. 126 - 127, 302.

⁶² Er selbst schreibt über seine Biographie und Auffassungen im Buch: Rybkin, Ivan: My obrečeny na soglasie, Moskva, „Meždunarodnye otnošenija“, 1994.

⁶³ Vybory deputatov..., S. 94.

Die Partei wurde als „linker Flügel“ der „Partei der Macht“ konstruiert, wobei den rechten Flügel Tschernomyrdins Bewegung „Unser Haus Rußland“ (UHR) (*Naš dom Rossija*) bilden sollte. Beide sollten Jelzin bei der Präsidentschaftswahlen unterstützen und danach zu den Grundsteinen eines Zweiparteiensystems in Rußland werden. Im Unterschied zur UHR ist die SPR relativ bedeutungslos geblieben, obwohl die Partei formell in 70 Subjekten der Föderation mehr als 3.000 Mitglieder hat.

- 3) Die „Sozialistische Partei der Werktätigen“ (SPW) (*Socialističeskaja partija trudjaščichsja*), die 1991 gegründet wurde, spielt eine zunehmend geringere Rolle. An den Wahlen 1993 konnte sie nicht teilnehmen, da der Block „Vaterland“ (*Otečestvo*), zu dem sie gehörte, beim Sammeln der nötigen Unterschriften für die Registrierung als Wahlvereinigung scheiterte. Dieser Partei gehörte zeitweilig auch Lapšin (APR) an. Ende 1997 gehörte dem Vorstand der SPW Vizepremier Ramasan Abdulatipov an. Die 1938 geborene Parteivorsitzende, die Wirtschaftswissenschaftlerin Ljudmila Vartasarova, begann 1989 ihre Tätigkeit als Parteifunktionärin der KPdSU. Einige prominente Mitglieder der SPW wurden direkt oder über Parteilisten der anderen Parteien (wie Rybkin) in die Duma gewählt, ein Mitglied (Gennadij Antonov aus dem Jüdischen Autonomen Gebiet) saß sogar im Föderationsrat. Bei den Wahlen 1995 gehörte die SPW zum Wahlblock „Kongreß der Russischen Gemeinden“ unter Leitung von Jurij Skokov und Alexander Lebed', der 4,31% der Wählerstimmen bekam.⁶⁴ Direkt wurden drei Mitglieder der SPW, darunter Abdulatipov, gewählt. Die SPW vertritt die Idee eines Sozialismus mit demokratischem Antlitz, sie ist für Vielfältigkeit der Eigentumsformen und für die Gewaltenteilung. Die Partei, die anfangs mehrere Tausend Ex-Mitglieder der KPdSU vereinigte, schrumpfte nach der Gründung der KPRF, zu der viele übertraten, auf ca. 3.000 Mitglieder.
- 4) Die „Rußländische Bewegung für einen neuen Sozialismus“ (RBNS) (*Rossijskoe dviženie za novyj socializm*) wurde im Dezember 1996 von einigen sozialistisch orientierten Organisationen, darunter die SPW, SPR und ein Teil der Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften, sowie von einigen kleineren Gruppen, gegründet. Der Motor dieser Bewegung ist der 1939 geborene Ingenieur Jurij Petrov, der schon seit 1967 seine Karriere als Parteifunktionär begann, 1985 als Nachfolger Jelzins zum Ersten Gebietspartei sekretär im Gebiet Swerdlowsk wurde und 1991-93 die Administration des Präsidenten leitete. Seine politische Bewegung, die „Union der Realisten“ (*Sojuz realistov*), die Pragmatiker aus Industrie (vorwiegend aus der Militärindustrie) und Verwaltung vereinigt, wurde zur Basis der neuen sozialistischen Bewegung.

⁶⁴ Ebd.

Die politische Position der RBNS wird als linkszentristisch bzw. sozialdemokratisch charakterisiert. Ziel ist der sogenannte „neue Sozialismus“: ein demokratischer Rechtsstaat mit einer sozial orientierten Marktwirtschaft sowie „Staatspatriotismus“ und die Wiedergeburt Rußlands als Großmacht. Außer schon erwähnten einigermaßen bekannten Parteien vereinigt die RBNS viele kleine sozialistische Gruppen und bei den Wahlen gescheiterte Wahlblöcke, wie z.B. „Zeder“ (*Kedr*), der 1995 nur 1,39% der Wählerstimmen bekam.

7. Fazit

Die linken Parteien, Bewegungen und Gruppierungen decken in Rußland zur Zeit die ganze Breite der ideologischen Modifikationen, vom Anarchismus bis hin zum orthodoxen Marxismus-Leninismus und Bolschewismus einerseits sowie von dem „neuen Sozialismus“ bis hin zum National-Kommunismus und etatistischen Sozialismus andererseits ab. Einige von ihnen entstanden noch vor dem Zerfall der Sowjetunion und der Entmachtung der KPdSU, andere sind nach dem Verbot der Kommunistischen Staatspartei, der KPdSU, gegründet worden. Indem die größte Nachfolgepartei der KPdSU, die KPRF, von der radikalen Opposition zur Zusammenarbeit mit der Regierung wechselte und zu einer wichtigen politischen Kraft innerhalb des politischen Systems wurde, kam es zur Radikalisierung der kleineren kommunistischen Parteien, anarchistischer und anderer linker Gruppen. Zur Konsolidierung ist das linke Spektrums nur in einem Extremfall, wie bei den Präsidentschaftswahlen, in der Lage. Im Unterschied zu der gut organisierten KPRF erleben die kleineren kommunistischen Parteien ständige Spaltungen und Neugründungen, die von den Parteiführern inspiriert werden. Doppelmitgliedschaft ist fast die Regel in diesem Teil des politischen Spektrums. Nachdem die KPRF mit ihrer ausgeprägten, wenn auch widersprüchlichen Ideologie, mit starker Vertretung in der Legislative und Exekutive auf der regionalen Ebene, mit ihren Mobilisierungsmöglichkeiten und ihrer Parteibasis zur stärksten Partei in Rußland geworden ist, bewegen sich die anderen Organisationen eher am Rande des politischen Lebens; die größten von ihnen sind kaum mehr als Mitorganisatoren von Protestaktionen und immer noch Protoparteien. Die Linken außerhalb der KPRF sind mit internen Streitigkeiten beschäftigt und unfähig, eine Alternative vorzuschlagen oder neue Führer zu rekrutieren.⁶⁵

Typisch für den größten Teil des linken Spektrums in Rußland ist die enge Verbindung zwischen dem Kommunismus und einem imperialistisch geprägten Nationalismus, die in der engen Zusammenarbeit der radikalen Organisationen der orthodoxen Kommuni-

sten und der Nationalisten ihren Ausdruck findet. Gerade deswegen sind bisher alle Versuche, eine bedeutende sozialistische bzw. links-sozialdemokratisch orientierte Partei zu gründen, gescheitert.

Die stabile und relativ breite Wählerschaft der Linken, die sich einerseits aus Sympathisanten der Kommunisten, andererseits aber und viel mehr aus Unzufriedenen und Verlierern der Reformpolitik zusammensetzt,⁶⁶ wird von der KPRF rekrutiert. Die kleineren radikalen Parteien, die schon bei zwei Parlamentswahlen keine Vertretung in die Duma schicken konnten, sind auf der regionalen Ebene nicht imstande, die notwendigen Ressourcen auch zu mobilisieren, was unvermeidlich zur Marginalisierung und zur Radikalisierung, die die Gefahr des Extremismus mit sich bringt, führt.

Zusammenfassung:

Das linke politisch Spektrum sah Anfang 1998 folgendermaßen aus:

Die **anarchistischen Gruppen** wie die „Liga der Anarchisten“ in St. Petersburg, die „Föderation und die Konföderation der revolutionären Anarchisten“ sind eher kleine Gruppen, ebenso die „Violette Internationale“ und die „Studentenverteidigung“. Sie tendieren zu gewalttätigen Aktionen und werden von einigen kommunistischen und national-kommunistischen Gruppen zu Massenaaktionen herangezogen.

Unter den **orthodox-kommunistischen und stalinistischen** Parteien ist die marxistisch-leninistische RKAP von Tjulkin die größte und einflußreichste. Zusammen mit der breiteren Bewegung „Werktägliches Rußland“ von Anpilov und dem RKJB von Maljarov stellt sie die eigentliche kommunistische außerparlamentarische Opposition mit einem klaren ideologischen Profil dar. Die anderen kleinen bolschewistischen bzw. stalinistischen Parteien und Bewegungen wie die AKPB, die „Bolschewistische Plattform“ oder die „Allunionsgarde der Bolschewiken“ nahmen an Protestaktionen teil, spielen selbst aber eine zunehmend geringere Rolle und sind zu kleinen Gruppen geworden. Die radikale Intellektuelle vereinigende NBP von Limonov ist eher ein Instrument der künstlerischen Provokation als eine politische Organisation. Die RKP-KPdSU von Prigarin ist eine Or-

⁶⁵ Vgl.: Kagarlickij, B.: Vremja neopravdavšichsja nadežd, in: Svobodnaja mysl', 1997 Nr. 3, S. 13.

⁶⁶ Vgl. dazu: Luchterhandt, Galina/Filippov, Aleksandr (Hrsg.): Itogi vyborov v gosudarstvennuju Dumu i perspektivy političeskogo razvitija Rossii, Moskva, Meždunarodnyj Institut Gumanitarno-Političeskich Issledovanij, 1996; Maljutin, M./Lebedeva, A.: Paradoks stabil'nosti elektoral'nych orientacij naselenija Rossii, in: Biznes i politika, 1997, Nr. 9, S. 11 - 18; Političeskije orientacii naselenija regionov Rossii, Doklad TACIS, Bulletin' Nr. 5, Moskva, 1997; Sobjanin, A.: Evoljucija rossijskogo elektorata v 1991-1995 gg. i baza podderžki prezidentov -96, in: Prezidentskie vybory v Rossii. Vypusk 2-3, S. 6 -8.

ganisation, die hauptsächlich auf dem Papier steht, da sie die Mitglieder von anderen kommunistischen Parteien vereinigt.

Die **gemäßigten Kommunisten und Sozialisten** sind durch Organisationen mit einer undeutlich formulierten Ideologie wie die APR von Lapšin, die eigentlich eine Lobby-Gruppe des agroindustriellen Komplexes ist, die im Verschwinden begriffene SPW von Vartasrova oder die nur noch auf dem Papier existierende SPW von Rybkin vertreten. Was aus den ehrgeizigen Plänen von Petrov mit seiner RBNS wird, oder ob überhaupt eine starke sozialistische bzw. links- sozialdemokratische Partei entsteht, wird die Zukunft zeigen.

Typisch für Rußland sind ständige oder temporäre Bündnisse, Wahlblöcke und Sammelorganisationen, die sich quer durch das politische Spektrum ziehen und diverse Parteien als kollektive Mitglieder vereinigen. Die meisten linken Parteien sind, einschließlich der national-patriotisch gesinnten Organisationen, in der locker organisierten „Patriotischen Volksunion“ vereinigt, in der die KPRF die führende Rolle spielt. In der weniger bedeutenden „Union der Rußländischen Kommunisten“ sind die orthodoxen Parteien, die die KPRF von links kritisieren, vereinigt.

In jedem Fall ist gegenwärtig die KPRF, die vorläufig noch in ihrem Namen den „Kommunismus“ und in ihren Parolen und Programmprinzipien den „Sozialismus“ behält, die einzig wichtige und einflußreiche linke politische Kraft in Rußland.

Literaturverzeichnis

- Alexandrova, Olga/ Vogel, Heinrich: Die reaktionäre Wende in der Sowjetunion, in: Europa-Archiv, 1991.
- Alekseeva, Ljudmila: Istorija inakomyslija v SSSR, Moskva-Vil'njus, 1993.
- Belin, Laura/Orttung, W. Robert: The Russian parliamentary election of 1995, NY.
- Buzgalin, Alexander: Belaja vorona (poslednij god žizni CK KPSS. Vzgljad iznutri), Moskva 1993.
- Cholmskaja, M.: Komdviženie v Rossii: oraganizacionnyj etap, in: Vlast', 1994, Nr. 12.
- Ermakov, Ja./ Šavšukova, T./ Jakuničkin V.: Kommunističeskoe dvienie v period zapreta: ot KPSS k KPRF, in: „Kentavr“, 1993, Nr. 3.
- Federal'noe sobranie Rossii: opyt pervych vyborov. Moskva, Institut gosudarstva i prava RAN, 1994.
- Ivanov, Leonid: Rußland nach Gorbatschow. Wurzlen, Hintergründe, Trends der sich formierenden Federal'noe Sobranie, Moskva, „Panorama“ 1994.
- Federal'noe sobranie. Spravočnik. Moskva, Fond razvitija parlametarizma v Rossii, Moskva 1996.
- Federal'noe sobranie. Spravočnik. Moskva, „Panorama“ 1996.
- Gruppierungen, Perspektiven für die Zukunft, Passau 1996.
- Kagarlickij, Boris: Edinstvo levych sil? in: Svobodnaja mysl', 1995, Nr.2, S. 65.
- Kagarlickij, B.: Levye v Rossii: nadeždy, neudači, bor'ba, in: Svobodnaja mysl', 1994, Nr. 11.
- Kagarlickij, B.: Vremja neopravdavšichsja nadežd, in: Svobodnaja mysl', 1997 Nr. 3.
- Kogornjuk, Ju. G./Zaslavskij, S.E.: Rossijskaj mnogopartijnost', Moskva, INDEM, 1996.
- Kto est' čto. Političeskie partii i bloki, obščestvennye organizacii, Moskva 1994.
- Kto est' čto. Političeskaja Rossija 1995-1996, Moskva 1996.
- Kto est' kto v Rossii i v bližnem zarubež'e, Moskva1993.
- Krotov, N./ Luchterhandt, G.: Zwischen "Patriotismus" und "Sozial-Demokratie". Der Kommunist Gennadij Zjuganow, in: „Osteuropa“, 1994, Nr.9, S. 855-861.
- Lewytskij, Boris: Die linke Opposition in der Sowjetunion, Hamburg 1974.
- Luchterhandt, Galina.: Parteien im neuen Rußland, Edition Temmen, Bremen, 1993.
- Luchterhandt, G.: Die rußländische Parteienlandschaft: kommunistische und sozialistische Parteien und Bewegungen, in: Osteuropa, 1992, S. 1038 -1049.
- Luchterhandt, Galina/Filippov, Alexander (Hrsg.): Itogi vyborov v gosudarstvennuju Dumu i perspektivy političeskogo razvitija Rossii, Moskva 1996.
- Luchterhandt, Otto: Vom Verfassungskomitee der UdSSR zum Verfassungsgericht Rußlands, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 118 /1993), S. 337-288 (274 ff.).
- Maljutin, M./Lebedeva, A.: Paradoks stabil'nosti elektoral'nych orientacij naselenija Rossii, in: Biznes i politika, 1997, Nr. 9.
- McAuley, Mary: Russias politics of uncertainty, Cambridge University press, 1997.
- Meissner, Boris: Gorbatschow, Jelzin und revolutionärer Umbruch, in: Osteuropa 1992, S. 39-40.

- Mendras, Marie: Yeltsin and the Great Divide in Russian Society, in: Rose R./Tichomirov E. & Mikhailovskaya I.: Russian Voting Behavior as a Mirror of Social-Political Change, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 5, July 1997, pp. 57-63.
- Mishler, William: Understanding Multi-party Choice: The 1995 Duma Election, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 5, July 1997, pp. 799-824.
- Mogorartijnost' v Rossii: bloki i koalicii, Moskva, Rossijskaja Akademija Upravlenija, 1992.
- Partii i političeskie bloki v Rossii, Moskva, Nipek, 1993.
- Političeskie orientacii naselenija regionov Rossii, Doklad TACIS, Bulletin' Nr. 5, Moskva 1997.
- Oleščuk, V.A./Pribylovskij V.V./ Rejblat M.T.: Parliamentskie partii, dviženija, ob'edinenija, Moskva, Panorama, jun' 1996.
- Oleščuk, V.A. / Pavlenko V.B.: Političeskaj Rossija.: partii, bloki, lidery. God 1997. Spravočnik, Moskva, 1997.
- Pribylovskij, Vladimir.: Političeskie frakcii i deputatskie grupy Rossijskogo parlamenta.
- Pribylovskij, V.: Rossijskie politiki ot A do Ja. 471 biografija, zwei Bänder, Moskva „Panorama“, nojabr' 1996.
- Pribylovskij, V.: Slovar' novych političeskich partij i organizacij Rosssii, Moskva, „Panorama“, 1992.
- Rose, R./Tichomirov, E. & Mishler, W.: Understanding Multi-party Choice: The 1995 Duma Election, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 5, July 1997, pp. 799-824.
- Rossija: partii, vybory, vlast', Moskva, „Obozrevatel“, 1996.
- Rybkin, Ivan: My obrečeny na soglasie, Moskva 1994.
- Sakwa, Richard: Russian politics and society, NY, 1997.
- Schejnis, Viktor: Die Präsidentenwahlen in Rußland: Ergebnisse und Perspektiven, in: Osteuropa, 1996, Nr. 11, S. 1053 -1071.
- Schneider, Ebergard: Das neue Russische Parlament.
- Schneider, E.: Die Parliamentswahlen in Rußland vom Dezember 1993. Ein Überblick.
- Segal, A.: Elektorat levych sil, in: Analiz elektorata političeskich sil Rossii, Moskva 1995.
- Slovar' oppozicii. Novye političeskie partii i organizacii Rossii. Analitičeskie vesti informacionnogo agentstva „Postfaktum“, April 1991, Nr. 4-5.
- Sobjanin, A.: Evoljucija rossijskogo elektorata v 1991-1995 gg. i baza podderžki prezidentov -96, in: Prezidentskie vybory v Rossii. Vypusk 2-3.
- Spravočnik. Političeskie partii, dviženija i bloki sovremennoj Rossii, Nižnij Novgorod, 1993.
- 100 partijnych liderov Rossii. Moskau, RAU-Korporacija 1993.
- Tarasov, A.N./Čerkasov, G.Ju./Šavšukova, T.V.: Levye v Rossii: ot umerennyh do ekstremistov, Moskva 1997.
- Urban, Djoan/Solovej, Valerij.: Kommunističeskoe dviženie v postsovetskoj Rossii, in: Svobodnaja mysl', 1997, Nr. 3, S. 14 -28.
- Urban, Michael/Gel'man, Vladimir: The development of political parties in Russia, in: Dawisha, Karen/ White, R./ Wyman, M. & Oates, S.: Parties and Voters in

the 1995 Russian Duma Elections, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 49, No. 5, July 1997, pp. 767-798.

Parrott, Bruce (ed.): *Democratic changes and reactions in Russia, Ukraine, Belarus, and Moldova*, Cambridge University Press, 1997, p. 175 -222.

Urban, Michael/Igrunov, Vyacheslav/Mitrokhin, Sergej: *The rebirth of politics in Russia*, Cambridge University Press, 1997.

Vasilevskij, Andrej/Pribylovskij, Vladimir: *Kto est'kto v rossijskoj politike (300 biografij)*, drei Bände, Moskva, dekabr' 1993.

Verchovskij, A./Papp, A./Pribylovskij, V.: *Političeskij ekstremizm v Rossii*, Moskva, „Panorama“, 1996.

Verchovskij, A./Pribylovskij, V.: *Nacional-patriotičeskie organizacii v Rossii. Istorija. Ideologija. Ekstermistskie tendencii*, Moskva, 1996.

Verchovskij, A./Pribylovskij, V./ Michajlovskaja, E.: *Nacionalizm i ksenofobija v rossijskom obščestve*. Moskva, 1998.

Vybory deputatov Gusudarstvennoj Dumy 1995. *Elektoral'naja statistika*, Moskva, Central'naja Izbiratel'naja komissija, 1996.